

SOZIAL KONFERENZ RUHR

ZUKUNFT DES ALTERNS
IN DER METROPOLE RUHR -
WOHN- UND PFLEGEKONZEPTE
NEU DENKEN?

ZOOM-KONFERENZ
31. MAI 2022

INHALT

Eröffnung	3
Keynote: Traditionelle Pflege- und Wohnkonzepte neu denken	4
Der Bedarf steigt, die Ressourcen werden knapper	
Welche Herausforderungen kommen auf den Wohnungsmarkt und die Pflegebranche in der Metropole Ruhr zu?	7
Sozialgerechte Pflege – Armut überwinden, Teilhabe sichern	
Welche Rahmenbedingungen braucht eine gute Pflege?	11
Blick ins Quartier	13
Neue Impulse für Wohnen im Alter – Gute Beispiele	
Soziale Netzwerke, Selbstbestimmung und Teilhabe	15
Projekt Generation ³ – innovative Lebensräume	16
Blick über den Tellerrand – Die Bremer Heimstiftung	16
Impulsprojekt aus der Region: Internationale Pflegebauausstellung	19
Podiumsdiskussion: Bausteine für ein gutes Leben im Alter	
Welche Unterstützungspotenziale hat das Land NRW, um die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen zu erweitern?	21
Schlusswort	27
Chat-Anhang	29

ERÖFFNUNG

Karin Welge, Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen

Frank Heidenreich, Vorsitzender des RVR-Ausschusses Digitalisierung, Bildung und Innovation

Moderation: Anke Bruns

„Es geht um unser aller Zukunft“: Karin Welge, Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen fand in ihrem Grußwort zur vierten – erneut rein digitalen – Sozialkonferenz Ruhr deutliche Worte. Den Kommunen und den Menschen im Ruhrgebiet stehe ein anstrengender Diskurs bevor, nicht zuletzt, weil die Themen Pflege und Altern vor allem ausreichende, gesicherte Ressourcen einforderten, personelle wie finanzielle. „Machen wir uns nichts vor: All die Konzepte, die wir gemeinsam entwerfen, können ja am Ende des Tages nur funktionieren, wenn sie auskömmlich durchfinanziert sind und wenn wir dafür auch adäquat Menschen im System haben und auch anwerben können.“ Entscheidend sei, möglichst vielen Menschen Unterstützungsangebote zu liefern, damit sie möglichst lange selbstbestimmt leben und in ihrem eigenen persönlichen Umfeld bleiben könnten.

Beteiligten, um sozial tragfähige innovative Konzepte zu entwickeln, die dem Anspruch der Teilhabe gerecht werden.“

Genau hier setze die Sozialkonferenz Ruhr an: Indem sie das Thema „Zukunft des Alterns in der Metropole Ruhr“ in den Fokus nimmt, nach der Notwendigkeit neuer Pflege- und Wohnkonzepte fragt, Rückmeldungen aus den Städten und Kreisen einholt und ihrerseits Impulse für einen intensiven Austausch gibt. Denn: „Die großen Herausforderungen lassen sich nur durch den Schulterschluss von Kommunen, Sozial- und Wohnungswirtschaft, Interessenvertretungen und dem Land Nordrhein-Westfalen bewältigen.“

ALL DIE KONZEPTE, DIE WIR GEMEINSAM ENTWERFEN, KÖNNEN JA AM ENDE DES TAGES NUR FUNKTIONIEREN, WENN SIE AUSKÖMMLICH DURCHFINANZIERT SIND ...

Essenziell für die Entwicklung innovativer Pflege- und Wohnkonzepte, so Frank Heidenreich, Vorsitzender des RVR-Ausschusses Digitalisierung, Bildung und Innovation, sei darüber hinaus „die Kooperation aller beteiligten Akteur*innen“. Denn die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Zukunft des Alterns in der Metropole Ruhr, seien heute vielleicht komplexer als je zuvor. „Wir brauchen die Zusammenarbeit aller

MASTERPLAN SENIORENARBEIT GELSENKIRCHEN

2005 hat die Stadt Gelsenkirchen mit dem ersten „Masterplan Seniorenarbeit“ die Basis für eine strategische und planvoll ausgerichtete Arbeit für und mit Senior*innen gelegt. Das Ziel ist die Schaffung so genannter „Ermöglichungsstrukturen“, die einerseits die Vernetzung der Agierenden fördern, andererseits gezielte Quartiersarbeit leisten sollen – beispielweise über wohnortnahe Beratungsangebote für Ältere. Ideen für die weitere Entwicklung dieses Vorhabens hin zu einem „Masterplan Seniorenarbeit 2030“ wurden zuletzt am 21. Juni 2022 gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern auf der Konferenz „Gut älter werden in Gelsenkirchen 2030“ erarbeitet.

[www.gelsenkirchen.de/de/
Familie/Aelter_werden](http://www.gelsenkirchen.de/de/Familie/Aelter_werden)

KEYNOTE: TRADITIONELLE PFLEGE- UND WOHNKONZEPTE NEU DENKEN

Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie, Universität zu Köln; Kuratorium Deutsche Altershilfe

Wo und wie müssen wir unsere Pflege- und Wohnkonzepte neu denken? Wer ist da wie gefordert? Was braucht es? In seiner Keynote betrachtete Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt vom Institut für Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität zu Köln das Konferenzthema aus Sicht der interdisziplinären Altersforschung. Und seine zentrale Forderung nach mehr „sozialer Fantasie“, nach einer bewussten Gestaltung von inklusiven, offenen Sozialräumen reduzierte eben jene Eingangsfragen letztlich auf eine einzige, weniger fiskalische denn moralische Fragestellung: „Wie viel ist uns die Würde des Alters wert?“

„DER LOKALE, DER REGIONALE RAUM – ALSO DORT, WO MAN WOHT, WO MAN LEBT, WO MAN PENDELT, WO MAN ARBEITET, WO MAN STIRBT – DIESER RAUM MUSS GESTALTET WERDEN. DAS IST DIE GROSSE SOZIALORDNUNGS- UND VERFASSUNGSPOLITISCHE AUFGABE.“

Den Anfang machten die Fakten: In Deutschland liegt die Chance heute geborener Mädchen, über 100 Jahre alt zu werden, bei 50 Prozent. Die Häufigkeit von mittelschwerer bis schwerer Alzheimer-Demenz bei über 90-Jährigen liegt bei 35 Prozent. „Das wäre, wenn sie die Zunahme der Hochaltrigkeit anschauen, ungefähr die Bewohnerschaft des heutigen Berlins.“ Beides seien enorme Herausforderungen, deren Bewältigung allein mit der Forderung nach Geld nicht zu schaffen sei. „Ja, die Finanzierung des Systems ist eine notwendige Voraussetzung. Aber wir müssen auch gut begründete soziale Fantasie aufbringen, wofür wir und wie wir das

Geld ausgeben. Wenn es drauf ankommt, haben wir für alles Geld – das ist eine Frage der Wertschätzung, der Präferenz.“

Entscheidend sei, dass diese „soziale Fantasie“ nicht erst erfunden werden müsse, „sie findet sich bereits in Gesetzen.“ Das Recht inkorporiere diverse „anthropologische und ethische Maßgaben“: Da seien etwa die Grundrechtskonventionen der Vereinten Nationen, die Grundrechtscharta der EU – „der modernste konventionelle Grundrechtskatalog der Welt“. Zudem sei da der Bund mit seinem Grundgesetz und Artikel 1 und letztlich die Ländergesetzgebung. „Auch das Völkerrecht spricht von Inherent Dignity.“ Kurzum: Die Würde ist Teil der menschlichen Natur. „Wir müssen im Miteinander unser Leben gestalten. Ein gutes Leben ist eine Miteinander-Freiheit in einer Miteinander-Verantwortung. Es geht um Freiheit im Modus der gegenseitigen Rücksichtnahme.“

Eine Haltung, die Grundlage zukünftiger Versorgungsstrukturen werden müsse, Stichwort: kommunale Daseinsvorsorge. „Der lokale, der regionale Raum – also dort, wo man wohnt, wo man lebt, wo man pendelt, wo man arbeitet, wo man stirbt – dieser Raum muss gestaltet werden. Das ist die große sozialordnungs- und verfassungspolitische Aufgabe.“ Gefordert sei ein „Wohlfahrtsmix sorgender Gemeinschaften im Sozialraum“, also das, was der siebte Altenbericht der Bundesregierung mit „lokal sorgenden Gemeinschaften im Kontext einer professionellen Infrastrukturlandschaft“ meine – und was wir heute vielfach „Caring Communities“ nennen.

Die Ökonomie könne und dürfe dieses Ziel nicht definieren. Ihre Aufgabe sei es, „kompatible intelligente Geschäftsmodelle zu entwickeln“, um dieses Ziel zu erreichen. Und das bestünde unter anderem in der Entwicklung gänzlich anderer lokaler Versorgungsstrukturen: „Mit diesem völlig anachronistischen Typus des niedergelassenen Arztes und mit solitären Krankenhäusern werden Sie in Zukunft eine komplexe alternde Gesellschaft nicht mehr versorgen können. Wir brauchen lokale multidisziplinäre Versorgungszentren, quartiersbezogen, familienmedizinisch und geriatrisch ausgerichtet.“

Wie aber gehen wir den nächsten Schritt in die Zukunft? Wie erreichen wir mehr Selbstbestimmung, mehr Teilhabe, mehr Inklusion? Indem wir verfassungskonform handeln und das „Wirklichwerden“ gesetzlich verankerter Werte anstreben. Eine Strategie, die beinahe zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Frage habe, wie wir im Alter wohnen. „Wenn Sie eine inklusivere Welt haben wollen, dann müssen Sie im stationären Sektor rückbauen. Wir werden ihn nicht auf null fahren können, alle internationalen Erfahrungen zeigen, dass es Grenzen der Deinstitutionalisierung, der Enthospitalisierung gibt. Aber wir müssen mehr alternative Wohnformen ausbauen.“ Zwei Prozent

erfolgreichen Altern“ hervor. „Es muss ja nicht jeder in eine Wohngemeinschaft. Aber wir brauchen Vielfalt. Wenn Sie evolutionär nicht wissen, was der beste Wohnraum im Alter ist, dann halten Sie einfach Vielfalt vor. Davon aber sind wir weit entfernt.“ Die Realität beschränke sich vielmehr auf den „Primitivismus der Wohnlandschaft“.

„Primitivismus ist ein Begriff aus der Kunstgeschichte. Ich verstehe darunter, dass wir eine sehr binäre Codierung haben. Also: Eins oder Null. Entweder wir haben private Häuslichkeit, oder wir haben Heime.“ Mehr als 70 Prozent der Pflege finde zu Hause statt. „Mehr oder weniger gut vernetzt, überwiegend nicht gut vernetzt, auch mit Beispielen von Gewalt, von Verwahrlosung, von Einsamkeit. Und ansonsten halten wir die Kasernierung in Sonderwohnwelten für das zu entsorgende hohe Alter vor. Aus den Augen, aus dem Sinn.“ Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ sei zwar durchaus sinnvoll, „doch er passt nicht mehr zur Vision der notwendigen Versorgungslandschaft: Wir müssen gerade das, was weder ambulant noch rein stationär ist, also die hybriden Formen, vorantreiben. Da müssen wir Geld investieren. Und da müssen wir Fantasie aufbringen, entsprechend der normativ-rechtlichen, vor allem aber der ethischen Vorgaben.“

„DIE STATIONÄRE LANGZEITPFLEGE IST WEIT WEG VON DER DER IDEE EINER INKLUSIVEN KOMMUNE.“

Marktanteil seien nicht bedarfsgerecht. „So bildet man nicht die Vielfalt der Bedürfnisse ab.“ So werde man nicht der „ungeheuren interindividuellen Varianz des Alterns“ gerecht. Sprich: Alt sein heißt nicht zwangsläufig krank sein. Und: Altern ändert sich. Bildung beispielsweise bringe ganz eigene Wertevorstellungen, „Vorstellungen vom

Stattdessen jedoch räumen Kapitalanleger-Unternehmen, also klassisch kapitalistische Unternehmen, zunehmend den Markt auf. „Die versprechen neun Prozent Rendite und mehr.“ Doch immer mehr Betten, reiner „Bettenkapazitätswahn“, könne nicht die Antwort sein. „Das ist keine humangerechte, verfassungskonforme, dem Geist unserer Sozialgesetzbücher entsprechende Strategie. Aber das kommt davon, wenn man Sorgearbeit dem Kapitalismus freigibt.“ Das „Schicksal unserer Care-Kultur“ – für Schulz-Nieswandt entscheidet es sich im Spannungsfeld von

Gut und Böse, von Idee und Realität. Denn: „Die stationäre Langzeitpflege ist weit weg von der der Idee einer inklusiven Kommune.“ Auf der einen Seite gebe es Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Teilhabe. Auf der anderen: Demütigung, Bevormundung, Kränkung und Ausgrenzung. „Sozialer Tod ist ein Begriff aus der Ethnologie und besagt, bevor Sie biologisch tot sind, können Sie schon sozial tot sein. Sie sind bedeutungslos, spielen keine Rolle mehr, sind nicht mehr gefragt. Satt, sauber, sicher, still.“

CHAT

So lange mit der Pflegebedürftigkeit in stationären Einrichtungen so viel Geld gemacht werden kann, werden personell aufwendige und von Selbstbestimmung geprägte Wohnformen wie Wohngemeinschaften hintenanstehen.

Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost Dortmund

Der klare Appell: Die Sorgeskultur muss weg vom unbestimmten Rechtsbegriff der Pflege hin zu einer „grundsätzlich aktivierenden Pflege“, die mehr ist als „Körperhygiene-Arbeit“ und stattdessen Körper, Geist und Seele als Einheit sieht. „Früher nannte man das Empowerment, heute nennt man es Befähigung. Und wenn Einrichtungen nicht kapieren, dass es nicht nur um satt sauber, sicher und still geht, sondern dass der alte Mensch noch wachsen und werden kann, dann kommen wir nicht weiter. Natürlich ist das eine Frage der Ressourcen. Aber es ist auch eine Frage der Kultur, der eigenen Haltung und der eigenen Ansprüche an die Care-Arbeit,

* Chatverlauf siehe Anhang

aber auch an die soziale Gemeinschaft. Denn in der „Normalität der Gemeinde“ finde der „Homo patiens“ mit seinen Bedarfen, Wünschen und berechtigten Ansprüchen auf Teilhabe, Gemeinschaft, Sorge und Liebe nach wie vor keinen Platz.“ Krankheit und Alter erzeugten Ekel und Angst.

Sein Fazit adressierte Schulz-Nieswandt unmittelbar an die freien Wohlfahrtsverbände: „Um eines klarzustellen: Die freie Wohlfahrtspflege ist nicht mein Feind. Aber manchmal sollten Sie schon schauen, wie anachronistisch-paternalistisch Sie sind. Prinzipiell sind Sie aber auch Opfer des kapitalistischen Markts. Was bleibt Ihnen da übrig als Qualitätsdumping und Kostenreduktion? Aber was wäre, wenn Sie mehr Geld hätten? Ist das dann Ihr Weltbild? Die Kapitalanleger kriegen sie in keine regionale Pflegekonferenz, das ist denen schnuppe. Aber die, die lokal verankert sind, von denen erwarte ich, dass sie mitmachen bei dem, was heute Morgen schon im Chat gesagt worden ist: mehr Partizipation, mehr Kooperation, mehr Gemeinwohlökonomie, weniger kapitalistischer Geist. Denn nur dann haben wir den Spielraum, um Ethik auszuleben“.

CHAT

Wenn gemeinwohlorientierte alternative Lebensformen etabliert und zugänglich sind, müssen die Menschen nicht mehr auf die profitorientierten „Pflege“-Einrichtungen zurückgreifen.

Susanne Marx, G.I.B. mbH, Bottrop



WOHNEN 6.0

Weiterführender Link zum PDF-Dokument auf der Internetseite des

KDA:
https://kda.de/wp-content/uploads/2021/11/KDA_Wohnen_6.0.pdf

DER BEDARF STEIGT, DIE RESSOURCEN WERDEN KNAPPER

Welche Herausforderungen kommen auf den Wohnungsmarkt und die Pflegebranche in der Metropole Ruhr zu?

Elke Dahlbeck, Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen

Lieferte die Keynote eine ethisch-moralische Einordnung des Themas, so ging es im zweiten Redebeitrag um konkrete Zahlen. Die zeigen: In der Metropole Ruhr werden die demografischen Herausforderungen – immer mehr Ältere, immer mehr Pflegebedürftige, immer weniger Fachkräfte – noch einmal besonders offensichtlich. Eine Ausgangslage, die dem Ruhrgebiet einerseits zeitnahe und insbesondere quartiersbezogene Lösungen

„... IMMER MEHR ÄLTERE, IMMER MEHR PFLEGEBEDÜRFTIGE, IMMER WENIGER FACHKRÄFTE ...“

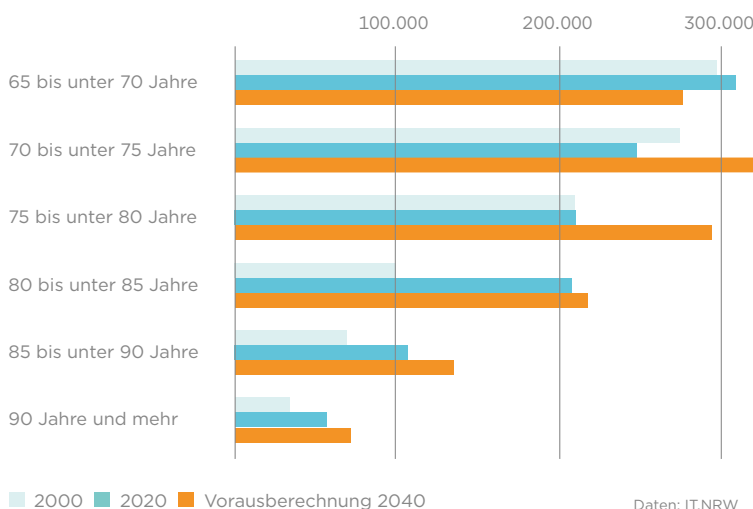
abverlangt, zugleich aber die Chance gibt, sich als wegweisende Modellregion zu etablieren. Handlungsfähig seien Kommunen jedoch nur dann, wenn sie finanziellen Spielraum haben, stellte Elke Dahlbeck vom Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik klar.

Die Zahl der Menschen in der Metropolregion Ruhr ist gewachsen – 2020 waren es mit rund 5,1 Millionen 0,9 Prozent mehr als 2011. Die ernste demografische Dimension: Die Zahl der Menschen ist vor allem in zwei Altersgruppen angestiegen. Teils innerhalb der jüngeren Generation, aber vor allem im Spektrum der Älteren ab 65 Jahren. „Bei den Personen im erwerbsfähigen Alter hingegen verzeichnen wir einen leichten Rückgang“. Anders gesagt: Im Ruhrgebiet leben immer mehr ältere und alte Menschen. Hier liegt der so genannte Altenquotient, also der Anteil der älteren Menschen ab 67 Jahren je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 66 Jahren, bei 31,9 – und damit deutlich höher als im Landesdurchschnitt von 30,5. Der demografische Wandel ist in der Metropole Ruhr also „weiter fortgeschritten als im Land“.

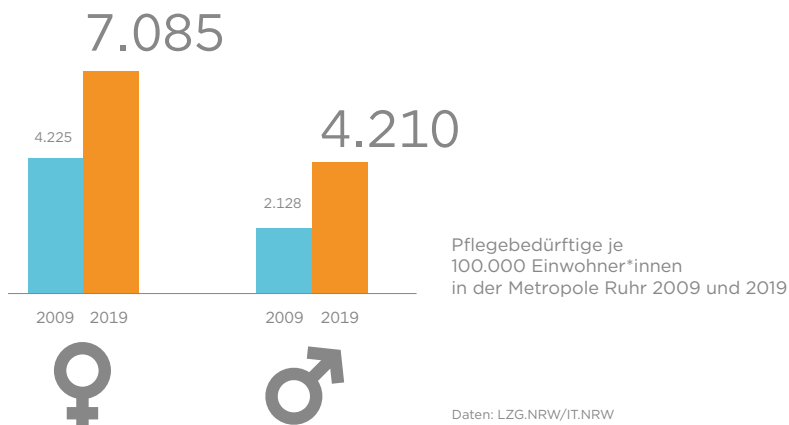
Eine Entwicklung, die sich laut Dahlbeck fortsetzen werde, bei gleichzeitig sinkender Gesamtbevölkerungszahl in der Region: Bis 2040 wird für das Ruhrgebiet ein Rückgang der Bevölkerung auf 4,98 Millionen prognostiziert – verbunden mit einem deutlichen Plus bei den Senior*innen von 16,7 Prozent und einem Rückgang der Menschen im erwerbsfähigen Alter um 11,5 Prozent. Kurzum: Die Region altert. Damit einher geht ein Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen nach Leistungen des SGB XI. „Allein zwischen 2001 und 2015 gab es einen Zuwachs um knapp ein Viertel. Mit Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Jahr 2017 ist die Zahl der Betroffenen bis 2019 auf mittlerweile 290.300 angewachsen; zu 63 Prozent mehrheitlich Frauen.“

ZUKÜNFTIG MEHR ÄLTERE ÄLTERE

Bevölkerung ab 65 Jahren in der Metropole Ruhr 2000, 2020 und 2040



KNAPPE VERDOPPELUNG DER (FESTGESTELLTEN) PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN



Auch die Pflegequote, also der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung, lag im Ruhrgebiet mit 5,7 Prozent leicht über dem Landesniveau mit 5,4 Prozent. Gehe man von einem niedrigen Szenario aus, werde die Anzahl der auf Pflege angewiesenen Menschen in der Region in den kommenden 20 Jahren noch einmal um 15 Prozent steigen. „Wie gesagt: Das ist ein eher niedriges Szenario. In NRW ist sogar mit einem Anstieg um 22,3 Prozent zu rechnen.“

DIE ANZAHL DER TAGE, BIS EINE STELLE WIEDERBESETZT WERDEN KONNTE, ERHÖHTE SICH IM RUHRGEBIET VON DURCHSCHNITTLICH 99 AUF 179 TAGE.

In der Folge sei zwangsläufig von einer erhöhten Nachfrage nach professionellen Diensten auszugehen. „Derzeit wird die überwiegende Mehrheit der Menschen zu Hause gepflegt. Männer sind zu 60 Prozent reine Pflegegeldempfänger; bei Frauen liegt dieser Wert bei 50 Prozent, sie nehmen also mehr professionelle Dienste in Anspruch. Das hängt damit zusammen, dass viele Frauen

ihre Männer überleben und dann im höheren Alter als Alleinstehende eher auf professionelle Dienste angewiesen sind.“ Was personell schon jetzt eine Herausforderung ist, könnte sich zukünftig weiter verschärfen. Denn: Der Anteil der Single-Haushalte werde bis 2040 noch einmal um 1,5 Prozentpunkte zunehmen. „Wir rechnen damit, dass es eine weitere Individualisierung geben wird und auch familiäre Strukturen weiter aufbrechen, so dass die professionelle Pflege weiter an Bedeutung gewinnt.“ Zugleich gestalte sich die Pflege zukünftig kulturell vielfältiger und männlicher. „Es wird zukünftig einen überdurchschnittlichen Zuwachs an männlichen Pflegebedürftigen geben, weil die Lebenserwartung der Männer steigt“.

Der Blick auf das Erwerbspersonenpotenzial offenbart die Tiefe des Problems: „Wir sehen sehr deutlich, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark abnimmt. Und das erhöht natürlich den Wettbewerb um zukünftige Fachkräfte, sowohl zwischen der Alten- und Krankenpflege, aber auch in vielen anderen Branchen.“ Bereits jetzt ist die Situation alles andere als rosig: Auf knapp 290.000 Pflegebedürftige kamen 2019 im Ruhrgebiet 84.000 professionell Pflegenden in stationären Heimen und ambulanten Diensten. Allein die Anzahl der bei der Bundesagentur gemeldeten offenen Stellen hat sich zwischen 2014 und 2021 um 43 Prozent erhöht. „Und viele offene Stellen werden gar nicht offiziell gemeldet.“

Den Negativ-Trend zeigt auch die Vakanzzeit in der Altenpflege: Die Anzahl der Tage, bis eine Stelle wiederbesetzt werden konnte, erhöhte sich im Ruhrgebiet von durchschnittlich 99 auf 179 Tage. Das Landesmittel liegt bei 184 Tagen; in Oberhausen liegt es bei 354. Die Konsequenz: „Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen dringend attraktiver werden. Und natürlich muss in die Pflege-Infrastruktur

investiert werden.“ Skepsis allerdings äußerte Dahlbeck hinsichtlich der Rolle von Finanzinvestoren: „Wir wissen nicht, wie sich die neuen Private-Equity-geführten Geschäftsmodelle, die sehr stark auf den kurzfristigen Gewinn ausgerichtet sind, auf die Qualität der Pflege und auch auf die Qualität der Arbeit in den Pflegeeinrichtungen auswirken. Hier gibt es großen Forschungsbedarf.“

„WIR WISSEN NICHT, WIE SICH DIE NEUEN PRIVATE-EQUITY-GEFÜHRTEN GESCHÄFTSMODELLE, ..., AUF DIE QUALITÄT DER PFLEGE UND AUCH AUF DIE QUALITÄT DER ARBEIT IN DEN PFLEGE-EINRICHTUNGEN AUSWIRKEN. ...“

Kurzfristiger Gewinn auf der einen Seite, mehr Altersarmut auf der anderen. Am Thema Geld führt in vielerlei Hinsicht kein Weg vorbei. „Altersarmut war lange Zeit in Deutschland ein relativ geringes Problem. Aber wir sehen, dass dieses Thema an Bedeutung gewinnt, wenn auch noch auf relativ moderatem Niveau.“ Tatsächlich stieg die Grundsicherungsquote im Alter im Ruhrgebiet zwischen 2012 und 2020 von 3,8 auf 4,4 Prozent. „In den nächsten Jahren werden Menschen in die Rente eintreten, die eine brüchige Erwerbsbiografie aufweisen. Das Rentenniveau, das im Ruhrgebiet aufgrund der guten Verdienste in Kohle und Stahl ein stabilisierender Faktor war, wird bei den folgenden Generationen deutlich geringer sein.“ Steigende Mieten und Energiekosten trieben auch die Mietbelastungsquote in die Höhe. „Die Quote ergibt sich dabei allein aus der Betrachtung der Privathaushalte“, erläuterte Dahlbeck mit Blick auf den Chat*. Mietkosten etwa für private Heimplätze würden hier nicht eingerechnet.

* Chatverlauf siehe Anhang

Beträchtlicher Aufholbedarf bestünde im Ruhrgebiet im Hinblick auf geförderte Wohnungen: „Seit 1985 ist der geförderte Mietwohnungsbestand um fast 80 Prozent zurückgegangen. Es wird bis 2040 zu einer weiteren Halbierung des Bestands kommen, wenn es keine neuen Vereinbarungen gibt, sondern die bestehenden einfach auslaufen.“ Auch das Angebot an barrierefreiem Wohnraum liege derzeit mit 26 Angeboten je 100 Nachfragenden deutlich unterhalb des bestehenden Bedarfs. „Wir wissen aber, dass das Quartier und die Wohnung mit zunehmend eingeschränkter Mobilität an Bedeutung gewinnen. Viele Ältere möchten in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Das ist ja auch politisch gewollt. Hier gibt es bereits viele Modelle, deren Evaluation auf breiter Ebene aber noch aussteht.“

Schon 2018 gab es in der Metropole Ruhr **3,8 mal mehr Nachfrage als Angebot** nach **barrierefreien Wohnungen** durch ältere Menschen.

Daten: MHKGB.NRW/GEWOS 2020



Dahlbecks Fazit: Der Ausbau sozialraumorientierter Unterstützungsarrangements sei eine wesentliche Aufgabe der Kommunen. „Allerdings müssen diese auch handlungsfähig gemacht werden, finanziell und personell, um insbesondere in sozial herausgeforderten Quartieren die Infrastruktur leisten zu

können. Andernfalls werden sich regionale Disparitäten beim Wohnen im Alter und bei der Pflegeversorgung weiter verschärfen.“ Denn: Ganz so pauschal lasse sich das Thema „Zukunft des Alterns“ nicht auf die Region herunterbrechen. „Wir wissen natürlich, dass die Unterschiede zwischen dem Dortmunder Norden und Dortmunder Süden, dem Essener Norden und dem Essener Süden sehr viel größer sind als zwischen dem Dortmunder und dem Essener Norden. Da sind die Probleme häufig die gleichen. Deshalb

JE STÄRKER EINE KOMMUNE VERSCHULDET UND DURCH HOHE SOZIALAUSGABEN GEPRÄGT IST, DESTO WENIGER KANN SIE IN FREIWILLIGE AUFGABEN INVESTIEREN.

CHAT

Es sollten je Kommune/Stadt/Kreis/etc. Pflegeexperten bei der Bewertung von Konzepten für Pflegeeinrichtungen und Projekte vor der Vergabe hinzugezogen werden und mit einem Veto versehen werden.

Christoph Etterich, DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V., Fachbereich Senioren

müssen wir in die Quartiere, in denen die sozialen Herausforderungen besonders hoch sind, stärker investieren.“ Der Zusammenhang zwischen kommunalen Schulden und der Investition in freiwillige Sachausgaben zeige: Je stärker eine Kommune verschuldet und durch hohe Sozialausgaben geprägt ist, desto weniger kann sie in freiwillige Aufgaben investieren. „Es besteht die Gefahr,

ALTER UND ARMUT

Hinsichtlich der Altersstrukturen in NRW gibt es durchaus unterschiedliche Entwicklungen. Zwar „altert“ das Ruhrgebiet zweifelsohne. Tatsächlich haben jedoch Schermbeck, Hünxe, Holzwickede und Herdecke die höchsten Altenquotienten im Land (37+), während etwa Gelsenkirchen, Duisburg und Dortmund mit einem Altenquotienten von jeweils unter 31 relativ gesehen unter dem Durchschnitt liegen. Fakt ist auch: Dort, wo die Menschen ärmer sind, ist auch die Lebenserwartung geringer. In Münster etwa werden die Menschen im Schnitt 82,7 Jahre alt; hier liegt die SGB II-Quote bei moderaten sieben Prozent. Die statistische Lebenserwartung in Gelsenkirchen beträgt vier Jahre weniger – bei einer kommunalen SGB II-Quote von 25 Prozent.

dass, überspitzt gesagt, im Landkreis Starnberg ein wunderbar sozialraumorientierter Ausbau von Wohnen im Alter möglich wird, während Gelsenkirchen nicht in der Lage ist, diese Infrastruktur aufzubauen.“ Die Lösung läge, so Dahlbeck, auch im derzeit wieder diskutierten Schuldenschnitt für Kommunen. „Das wäre eine Möglichkeit, um Freiräume für den Ausbau einer altersgerechten Infrastruktur zu generieren.““

* Chatverlauf siehe Anhang

SOZIALGERECHTE PFLEGE – ARMUT ÜBERWINDEN, TEILHABE SICHERN

Welche Rahmenbedingungen braucht eine gute Pflege?

Katrin Markus, Mitglied im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)

Welche Unterstützungssysteme können Ausgrenzung und Benachteiligung verhindern?

Carola Wagener-Ernst, Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH (Nachbarschaftsagenturen, Gesundheit, Pflege, Prävention)

Was braucht es für eine sozialgerechte Pflege? Welche Unterstützungssysteme können unmittelbar Ausgrenzung und Benachteiligung verhindern? Die Beantwortung dieser beiden Fragen führte das Konferenzthema hin zum Blickwinkel der älteren Menschen und unmittelbar hinein ins Quartier.

Wir müssen Pflege neu denken: Dieses Fazit, so Katrin Markus, Mitglied im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), ergebe sich zwangsläufig aus den ersten beiden Impulsen des Tages – und aus den Erfahrungen der Praxis. „All das, was wir bis jetzt gehört haben, ist im Groben hinlänglich bekannt. Vieles davon bekommen wir über unsere Mitgliedsverbände immer wieder bestätigt.“ Sie selbst habe als pflegende Angehörige erlebt, wie man doch „sehr allein“ gelassen werde. „Und das ist ja keine Erfahrung, die nur ich gemacht habe. Die teile ich mit vielen tausend anderen Menschen und, wie wir gehört haben, in der Regel anderen Frauen.“

Die große Herausforderung besteht für Markus darin, Theorie in konkrete Hilfe zu übersetzen. Denn der große Wunsch, das Alter in der eigenen Häuslichkeit zu verbringen und gegebenenfalls bei Pflegebedarf versorgt zu werden, impliziere, dass man eine Beratung zu Hilfsangeboten bekommt. „Und da fängt es schon an. Wir haben zwar durch das dritte Pflegestärkungsgesetz die Beratungsland-

schaft aufgewertet, das heißt, der Anspruch auf eine Beratung ist da.“ Doch die beschränke sich im Wesentlichen darauf, die prinzipiellen Möglichkeiten aufzuzeigen, also etwa über das Angebot einer Kurzzeitpflege aufzuklären. „Nicht gesagt bekommt man allerdings, wo der benötigte Kurzzeitpflegeplatz tatsächlich auch angeboten wird“. Ähnlich seien die Erfahrungen mit dem Heimfinder NRW: „Da steht fast immer, dass ein Platz frei ist. Wenn sie dort aber anrufen, dann steht dieser freie Platz nicht zur Verfügung.“

Markus' erstes Fazit: Gebraucht werde eine vernünftige Struktur, ein zentraler Ort, an dem Betroffene all diese Informationen bekommen. „Wir brauchen Pflege-Lotsen“, lautete dazu der Vorschlag von Torsten Göpfert im Chat. Frau Simmgen-Schmude hingegen verwies darauf, dass die Seniorenbüros diese Funktion als Anlaufstelle bereits übernehmen.*

Markus konkretisierte: Notwendig sei ein individuelles Casemanagement nach Vorbild der niederländischen „Küchentischgespräche“ – „Da kommt jemand nach Hause, guckt sich die Wohnsituation an, das familiäre und soziale Umfeld, und strickt daraus ein persönliches Unterstützungskonzept. Was kann man selbst, was kann durch das soziale Umfeld, durch die Familie, durch ambulante Hilfen, durch die Nachbarschaft abgedeckt werden? Und vor allem: Wo kriege ich diese Hilfen?

* Chatverlauf siehe Anhang

So etwas steht uns in Deutschland nicht zur Verfügung.“ Pflegesuchende, stimmte ihr Frank Kegelmann (Stadt Oberhausen) über den Chat zu, „gehen im komplexen System verloren“. Ein Casemanagement sei folglich sehr wichtig, auch im Hinblick auf eine gezielte Erfolgskontrolle.

GEBRAUCHT WERDE „EINE VERBINDLICHE GESETZLICHE REGELUNG, DIE DIE KOMMUNEN VERPFLICHTET, DIESE AUFGABEN ZU ÜBERNEHMEN“.

Erheblich sei auch die „starke Ungleichbehandlung“ zwischen Privat- und Pflichtversicherten, etwa bei der notwendigen Dokumentation, so Christoph Etterich. Gerade die Gewährung von Hilfen wie Pflege trainings müsse wesentlich unbürokratischer und schrankenloser ablaufen und sich näher an dem orientieren, was die Angehörigen tatsächlich brauchen. Katrin Markus ergänzt: Konkrete Hilfen und deren Vermittlung dürften sich nicht allein auf Unterstützungsleistungen bei Pflegebedürftigkeit beschränken. „Grund- und Behandlungspflege nehmen zeitlich nur einen kleinen Raum in Anspruch. Ein Großteil ist hauswirtschaftliche Unterstützung, sind Angebote zur Teilhabe und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, zur Kommunikation.“ Dafür bedürfe es nicht immer Expert*innen, vielfach reichte oft informelle Nachbarschaftshilfe. „Aber die muss organisiert werden.“

Was also braucht sozial gerechte Pflege? „Wir brauchen jemanden, der auch rechtlich die Verantwortung übernimmt, und auf Basis der Situation vor Ort die Rahmenbedingungen setzt, so dass man die individuell benötigten Hilfen auch abgedeckt bekomme. Und dieser Verantwortliche ist die Kommune.“ Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen existierten bereits: „Die Kommune ist nach SGB XI und im SGB XII verantwortlich für die

Vorhaltung einer ausreichenden sozialen Infrastruktur gerade auch für ältere Menschen. Dadurch, dass die Verantwortung für die Bereithaltung dieser Dienste bei den Kassen liegt, hat sich im Laufe der Zeit die „Vormacht“ der Pflegekassen so etabliert, dass diese eigentlich das Sagen haben.“ Die Kommunen dagegen hätten sich zurückgezogen.

Katrin Markus: „Ein Gutachten der BAGSO zur kommunalen Altenarbeit hat gezeigt, dass Kommunen bundesweit jährlich zwischen null und 34 Euro pro älterem Menschen ausgeben. Sie sehen daran, wie wenig Verantwortung für die Organisation des Älterwerdens in der Kommune übernommen worden ist.“ Gebraucht werde „eine verbindliche gesetzliche Regelung, die die Kommunen verpflichtet, diese Aufgaben zu übernehmen“. Konkret sprach sich Markus für Altenhilfestrukturen auf Landesebene aus, „durch die den Ländern ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Kommunen zu ermöglichen, individuelle Hilfen zu schnüren“. Denn, das bestätigte Barbara Eifert (Landesseniorenvertretung NRW): Nicht alle Kommunen haben dazu die finanziellen Möglichkeiten.

CHAT

Es müsste analog den Jugendhilfestrukturen eine Altenhilfestruktur gesetzlich verankert werden.

Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost, Dortmund

Richtig!

Franziska Wächter, Stadt Jena

... ENTSPRECHENDE INVESTITIONEN IN SOZIALE VERANTWORTUNG UND GEMEINWESEN MÜSSTEN VON DER POLITIK AUCH GEWOLLT SEIN.

Prinzipiell sei genug Geld da, konstatierte Markus. Doch entsprechende Investitionen in soziale Verantwortung und Gemeinwesen müssten von der Politik auch gewollt sein. Die Themen Pflege und Gesundheitsvorsorge hätten jedoch im NRW-Wahlkampf der größeren Parteien keine Rolle gespielt. „Ich bin in

Blick ins Quartier

Dass es vor Ort bereits Initiativen in diese Richtung gibt, etwa im Hinblick auf informelle Nachbarschaftshilfe, zeigte der Beitrag von Carola Wagener-Ernst vom Diakonischen Werk Dortmund und Lünen. Als Kooperationsprojekt der Wohnungsgesellschaft DOGEWO 21 und des Diakonischen Werks leisten die so genannten Nachbarschaftsagenturen unterstützende Hilfestellung unmittelbar an der Basis. Dies geschieht beispielsweise in Dortmund-Wambel über

FÜR DIE ZUKUNFT SEI ES ENTSCHEIDEND, DIESE ART VON UNTERSTÜTZUNG IM QUARTIER AUF FESTE BEINE, SPRICH: IN DIE REGELFINANZIERUNG ZU BEKOMMEN.

regelmäßige Gruppenaktivitäten wie Handarbeitstreffe, Frühstücks-Angebote und offene Cafés, Computer-Sprechstunden oder gemeinsame Spaziergänge. Carola Wagener-Ernst fungiert als zentrale Ansprechpartnerin im Hinblick auf eine altersgerechte Versorgung im Quartier. „Die Menschen lernen sich in unseren Gruppen kennen und unterstützen sich dann gegenseitig. Ich kann konkrete,

Bonn mal an einem Wochenende von Stand zu Stand gegangen und habe nicht von einer Partei auch nur irgendeine Überlegung in die Richtung bekommen. Damit will ich nur deutlich machen, welchen Stellenwert das Thema derzeit hat. Was wäre in der Gesellschaft los, wenn plötzlich keine ausreichenden Kita-Plätze da wären, das gäbe einen Aufstand. Die Alten machen den nicht. Und die Familienangehörigen sind so ausgepowert durch die Sorgearbeit, die haben nicht mehr die Kraft und die Zeit, um sich mit entsprechender Lautstärke zu artikulieren.“

praktische Hilfe leisten ganz nach den Bedarfen, auf die ich hingewiesen werde oder die ich selbst in meinen Gruppen identifiziere.“

Auf die Frage nach Pflegekonzepten für ältere Migrant*innen räumte Carola Wagener-Ernst ein, diese kämen eher nicht in die Nachbarschaftsagenturen. Eine Pauschalierung jedoch sei nicht richtig: „Es sind eher bestimmte Gruppen, die nicht kommen.“ Nele Buschan (Stadt Brühl) verwies hier via Chat auf die wichtige Rolle muttersprachlicher Multiplikator*innen.

Auf Nachfrage von Franz-Josef Ingenmey versicherte Wagener-Ernst, das Angebot stünde grundsätzlich allen Interessierten offen, nicht nur DOGEWO-Mieter*innen. „Niemand muss Mitglied in der AWO, der Kirchengemeinde oder einem Verein sein. Dadurch sinkt die Hemmschwelle, sich mit seinen Defiziten zu öffnen“. Und auch auf Seiten der sozialen Akteur*innen gebe es positive Entwicklungen: „Ich habe in meinem kleinen Sprengel mit den Kirchengemeinden, der AWO und dem Seniorenbüro ein lokales Netzwerk gegründet. Dadurch sind Vorurteile und Konkurrenzdenken abgebaut worden.“ Für die Zukunft sei es entscheidend, diese Art von Unterstüt-

„... WEIL JEDER MENSCH – EGAL WIE ALT ER IST, WELCHE HERKUNFT ER HAT, WELCHE SPRACHE – ZUGANG HABEN SOLLTE ZU HILFEN ODER WISSEN SOLLTE, WO ER HILFEN BEKOMMEN KANN.“

zung im Quartier auf feste Beine, sprich: in die Regelfinanzierung zu bekommen. „Ob von der Kommune oder von den Krankenkassen ist mir persönlich egal.“ Gerade im Hinblick auf die Prävention von Pflegebedürftigkeit sei dies ein unerlässlicher Schritt: „Wenn diese Art von Nachbarschaftstreffs flächendeckend finanziert werden könnte, wäre viel gewonnen. Und wir könnten Ressourcen im pflegerischen Bedarf sparen.“

Mit ihrem Fazit schlug Carola Wagener-Ernst den Bogen zu Katrin Markus: „Ich finde, diese Nachbarschaftstreffs sind nichts Besonderes. Sie sollten einfach Normalität sein, weil jeder Mensch – egal wie alt er ist, welche Herkunft er hat, welche Sprache – Zugang haben sollte zu Hilfen oder wissen sollte, wo er Hilfen bekommen kann.“

BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT DER SENIORENGANISATIONEN (BAGSO)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) ist ein Zusammenschluss von etwa 120 Mitgliedsorganisationen. Die Interessenvertretung ist bundesweit tätig und hat es sich zur Aufgabe gemacht, als Lobby der älteren Generation auf die politischen Entscheidungen von Bund, Land und Kommunen Einfluss zu nehmen.

www.bagso.de

NACHBARSCHAFTSAGENTUREN

Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Dortmund hat die Wohnungsgesellschaft DOGEWO 21 bereits 2013 so genannte Nachbarschaftsagenturen initiiert. Mittlerweile gibt es vier Agenturen im gesamten Stadtgebiet; Räume und ein Budget werden von der DOGEWO 21 gestellt. Die im Rahmen der Konferenz vorgestellte Agentur in Dortmund-Wambel wurde zeitweise auch mit Projektmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und von der EU gefördert. Die Nachbarschaftstreffs bieten regelmäßig verschiedene kreative, gemeinschaftliche oder sportliche Angebote an, verstehen sich aber auch als Anlaufstelle für eine altersgerechte Versorgung im Quartier.

www.dogewo21.de/mieterservice/nachbarschaftsagentur

NEUE IMPULSE FÜR WOHNEN IM ALTER – GUTE BEISPIELE

Soziale Netzwerke, Selbstbestimmung und Teilhabe

Claudia Lamsfuß, Fachreferentin Referat Pflege und Wohnen im Alter, Der Paritätische NRW, Köln

Projekt Generation³ – innovative Lebensräume

Kerstin Schönlau, Geschäftsbereichsleiterin Seniorenhilfe beim Diakonischen Werk Gladbeck-Bottrop-Dorsten

Blick über den Tellerrand - Die Bremer Heimstiftung

Felix Schauppner, Bereich „Neue Wohnformen“, Bremer Heimstiftung, Bremen

Soziale Netzwerke, Selbstbestimmung und Teilhabe

Im eigenen Zuhause alt werden, selbstbestimmt und gut versorgt: Dieser Wunsch vieler älterer und alter Menschen erfordert mit Blick auf die demografische Entwicklung immer dringender neue Lösungen beim Thema Wohnen und mehr begleitende Unterstützungsangebote im Quartier. Die drei Beiträge von Claudia Lamsfuß, Kerstin Schönlau und Felix Schauppner zeigen: Initiativen in diese Richtung, gibt es bereits vielerorts. Sie zeigen, dass Kooperationen, Netzwerke und das gezielte Zusammenwirken unterschiedlicher Akteur*innen für das Gelingen der Vorhaben essenziell sind.

„WIR MÜSSEN STRUKTUREN ERMÖGLICHEN, IN DENEN MENSCHEN GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN AUFBAUEN UND DARAUF ZURÜCKGREIFEN KÖNNEN.“

Auf eine immer diverser werdende Gesellschaft gilt es mit vielfältigeren Lösungen für das Wohnen im Alter zu reagieren. Das Thema „Neues Wohnen“ ist daher bei Verbänden und Initiativen angekommen. Der Paritätische NRW ist mit landesweit über 3.000 Mitgliedsorganisationen seit den 1990er-Jahren verstärkt in diesem Feld aktiv. Kernthema des Verbandes, so Claudia Lamsfuß vom Referat Pflege und Wohnen im Alter:

„Schon damals gab es Aktivitäten zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten und eine große Initiative, Selbstbestimmung im Alter zu fördern und unsere Mitgliedsorganisationen beim Aufbau entsprechender Strukturen zu unterstützen. Mit Einführung der Pflegeversicherung haben wir auch begonnen, unser Angebot zur Wohnraumanpassungsberatung auszuweiten.“ Der barrierefreie Umbau einer Wohnung sei ein bewährtes Instrument, um Senior*innen langfristig das Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Mittlerweile nehmen der Paritätische und seine Mitglieder das ganze Quartier in den Blick. Gebraucht würden vielfältige Begegnungsmöglichkeiten. „Wir müssen Strukturen ermöglichen, in denen Menschen gegenseitige Unterstützungsmöglichkeiten aufbauen und darauf zurückgreifen können.“ Dies sei einerseits eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft und das Ehrenamt, nehme aber auch die Wohlfahrtspflege und die öffentliche Hand in die Pflicht. Unabdingbar seien bedarfsgerechte Wohnangebote. „Denn solange der Geldbeutel bestimmt, wo wir wohnen können, ist der Aufbau einer langfristigen und nachhaltigen Nachbarschaft nicht realisierbar. Hier sind sowohl die Wohnungswirtschaft als auch Städte und die Regionalplanung gefragt.“

„... GELINGENSBEDINGUNG FÜR GUTES WOHNEN IM ALTER IST, DASS SICH ANGEBOTE VERNETZEN, ... “



QUERgesund

www.quergesund-bochum.de

Wohnberatung des Kreuzviertel Vereins Dortmund:

www.kreuzviertelverein.de

Der Paritätische NRW: www.paritaet-nrw.org

Daher dürfen die sozialen Akteur*innen vor Ort nicht nebeneinander her arbeiten: „Eine wichtige Gelingensbedingung für gutes Wohnen im Alter ist, dass sich Angebote vernetzen, dass sie schauen, wo sie sich gegenseitig ergänzen können, und dass die unterschiedlichen Akteur*innen miteinander kooperieren, um Doppelstrukturen zu vermeiden.“ Es gelte, in den Quartieren gut hinzuschauen, was es bereits gibt und wie es sich zielgerichtet nutzen lasse.

Wie vielfältig das Engagement vor Ort ist, zeigten zwei Beispiele mit unterschiedlichen Schwerpunkten: Das Pilotprojekt „QUERgesund“ des Vereins für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe (IFAK e.V.) möchte Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Bochumer Hustadt einen Zugang zu Gesundheitsangeboten und Beratung eröffnen. Die Wohnberatungsstelle des Vereins für Gemeinwesen- und Sozialarbeit im Dortmunder Kreuzviertel wiederum berät schon seit 1998 zu baulichen Maßnahmen im Wohnumfeld, zum Hilfsmiteileinsatz und Sicherheit im Haus. Lamsfuß resümiert: In den Quartieren gebe es bereits viele gute Beispiele, „und es macht Sinn, zu überlegen, wie diese weiter gefördert werden können.“

CHAT

Zur Wahrnehmung bestehender und Entwicklung neuer Angebote im Netzwerk kann integrierte Sozialplanung ein wichtiges Instrument sein.

Susanne Marx, G.I.B. mbH, Bottrop

Projekt Generation³ – innovative Lebensräume

Zur Fragestellung, wie und was die Wohlfahrt zum Thema neue Wohnformen und Teilhabe beitragen kann, passte auch das Praxisbeispiel von Kerstin Schönlau, Geschäftsbereichsleiterin Seniorenhilfe beim Diakonischen Werk Gladbeck-Bottrop-Dorsten. Das Bauvorhaben Generation³ in Gladbeck-Brauck kombiniert - mitten in einem Wohngebiet und angebunden an zentrale Versorgungsstrukturen - zwei Demenz-Wohngemeinschaften für je zwölf Mieter*innen mit einer Tagespflege mit 18 Plätzen und einem Kindergarten. Dafür holt das Projekt unterschiedliche Partner ins Boot, die bereits während der Bauphase in enger Abstimmung, jedoch in eigenständiger Verantwortung agieren. Bauträger ist das Diakonische Werk Gladbeck-Bottrop-Dorsten, die Seniorenhilfe betreibt die WG und die

Tagespflege, und der Kindergarten-Träger ist die Kirchengemeinde in Gladbeck.

Den Projektansatz – Kleinteiligkeit als Alternative zu stationären Einrichtungen – gelte es für Träger auch zukünftig weiter zu verfolgen. Aus vielerlei Gründen. Beispielsweise mit Blick auf die konsequent ambulante Finanzierung. „Im ambulanten Bereich steckt einfach mehr Pflegesachleistung, als im stationären Kontext refinanziert wird. Das komplette Pflegebudget wird also auch für Pflegeleistungen aufgebraucht, die der ambulante Dienst abdeckt. Ansonsten haben wir den Leistungskomplex 31, für den alle in einen Topf einzahlen und der die 24-Stunden-Betreuungssicherheit garantiert. Das dritte ist dann die Miete.“



Diakonisches Werk
Gladbeck-Bottrop-
Dorsten:
[www.diakonisches-
werk.de](http://www.diakonisches-werk.de)

Der finanzielle Grundstock ist das eine. Das andere ist der inhaltliche Anspruch: Selbstständigkeit und der Wunsch, sich – auch mit 88 Jahren – weiterzuentwickeln und persönlich zu wachsen, in Einklang zu bringen mit dem Streben nach Verbundenheit zu anderen. „Somit ist unser Bezugsrahmen größer als einfach nur eine familienbezogene Pflege. Jeder einzelne hier ist Teil einer komplexen Familie, zu der die Mitarbeitenden gehören.“ Der Anspruch zeigt sich auch in der Raumkonzeption. Persönliche Rückzugs-, Bewegungs- und Gemeinschaftsräume machen den Bewohner*innen im Spannungsfeld zwischen Häuslichkeit und Kollektiv verschiedene Angebote, die individuell genutzt werden können.

„IM AMBULANTEN BEREICH STECKT EINFACH MEHR PFLEGESACHLEISTUNG, ALS IM STATIONÄREN KONTEXT REFINANZIERT WIRD. ...“

Blick über den Tellerrand – Die Bremer Heimstiftung

Voneinander zu lernen, sich auszutauschen, Ergebnisse zu teilen und Projekte vorzustellen – das, so sollte es RVR-Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel in ihrem Schlusswort später formulieren, sei die Idee der Sozialkon-

„... WIR BRAUCHEN HEIMVERMEIDUNGSSTRATEGIEN UND VERNETZTE STRUKTUREN.“

ferenz. Dass sich dabei der Blick „über den Tellerrand“ lohnt, zeigte Beitrag Nummer drei. Felix Schauppner stellte drei unterschiedliche Wohnkonzepte der Bremer Heimstiftung

Und die „Lebensraum-Öffnung“ setze sich, so Schönlau auf Nachfrage aus dem Chat, bis in die Nachbarschaft fort: „Der Mehrwert entsteht durch die Nachbarschaft. Wir wollen mit dem Kindergarten nicht nur ein Bauprojekt stemmen, wir wollen auch zusammen feiern, gemeinsame Angebote mit den Menschen finden, Patenschaften auf Zeit initiieren. In der gemeinsamen Bauphase ist etwas gewachsen, und das ist eine gute Voraussetzung, dieses übergeordnete Ziel auch tragfähig hinzubekommen.“ Auf eine weitere Nachfrage erwiderte sie, vorstellbar sei auch, dass die Tagespflege als Veranstaltungsraum für das gesamte Quartier genutzt werde.

Zum Stichwort „Wohnangebot bis zum Schluss“ ebenfalls eingebracht via Chat, bestätigt sie: „Die Voraussetzung ist schon, dass die Mieter*innen, die einziehen, gemeinschaftsfähig sein sollten, Lust an Teilhabe haben. Aber wir haben auch schon Menschen bis zum Sterben begleitet, mit der einzigen Einschränkung, dass die Pflege von einem ambulanten Dienst mit zusätzlichen palliativen Leistungen ermöglicht wird. Das war sehr würdevoll und sehr persönlich.“

vor. Die Stiftung setzt gezielt auf Netzwerke, Kooperationen und Synergieeffekte, fördert aktiv Teilhabe, Mitbestimmung und Selbstorganisation von Nachbarschaften und investiert intensiv in alternative Wohnformen. „In den vergangenen 15, 16 Jahren haben wir kein einziges Pflegeheim mehr neu gebaut.“ Stattdessen verfolge man einen quartiersorientierten, ambulanten Ansatz. „Ich glaube, man wird auf Heime nie ganz verzichten können. Aber wir brauchen Heimvermeidungsstrategien und vernetzte Strukturen.“ Statt der auch von Frank Schulz-Nieswandt kritisierten „Sonderwohnwelten“ bedürfe es „inklusive, lebendiger Quartiersräume“ mit

Begegnungsmöglichkeiten nach innen und außen. „Ich bin überzeugt, dass ältere Menschen gerne in gemischten Quartieren älter werden, dass sie vielfältige Begegnungsmöglichkeiten haben wollen.“ Und dies nicht nur als „Hilfsbedürftige“, sondern im Sinne von Klaus Dörner als „Helfensbedürftige“ mit Ressourcen und Potenzialen für Quartier und Gesellschaft.

„ICH BIN ÜBERZEUGT, DASS ÄLTERE MENSCHEN GERNE IN GEMISCHTEN QUARTIEREN ÄLTER WERDEN, DASS SIE VIELFÄLTIGE BEGEGNUNGSMÖGLICHKEITEN HABEN WOLLEN.“

Wie lässt sich dieser Anspruch in Architektur übersetzen? Das Stiftungsdorf Borgfeld mit seinen insgesamt 70 Wohnungen umfasst Wohnen mit Service, eine Pflege-Wohngemeinschaft und eine Tagespflege, hinzu kommen eine Kita, eine Grundschule und eine Studierenden-WG. Es gibt eine Bäckerei, einen selbstständig organisierten Quartierstreff, Gemeinschaftsräume, ein Kooperations-Netzwerk, das zu Fragen rund um das Thema Älterwerden berät, und einen gewählten Nachbarschaftsrat, der die Interessen der Bewohnerschaft vertritt und im Dialog mit den unterschiedlichen Akteur*innen vor Ort steht.

Etwas anders strukturiert und ausgerichtet auf einen von Armut geprägten Stadtteil ist das Stadtteilhaus Kattenturm/Quartierszentrum am Sonnenplatz. Hier hat sich ein ehemaliges Ladenlokal zu einem lebendigen Quartierszentrum mit zahlreichen sozialen Vereinen und Akteur*innen entwickelt. Ein angrenzender Wohnblock wiederum gehört einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Die Idee: Stabilität durch ältere Mieter*innen. „Wir haben mittlerweile 60 Wohnungen angemietet, in denen wir barrierearmes Woh-

nen, Wohnen mit Service und eine Pflege-Wohngemeinschaft anbieten - und dies zu relativ günstigen Mieten“.

Das noch im Entstehen begriffene Projekt Stadtleben Ellener Hof denkt diesen Ansatz weiter - in deutlich größerem Maßstab. Auf einem etwa zehn Hektar großen Gelände im Bremer Osten entsteht ein sozial-ökologisches Modellquartier. „Wir versuchen hier ökologisch möglichst vorbildlich zu agieren, wollen mit 70 Prozent Holzbau-Anteil bauen und alten Baumbestand integrieren. Das Projekt umfasst soziale Vereine von alt bis jung, ein Studierendenwerk, ein Auszubildendenwohnheim, ein Gesundheitshaus, ein Pflegeheim, Wohnen mit Service und sogar einen Hindu-Tempel. Hier werden also ganz viele Ideen realisiert und neue Lebensmodelle ausprobiert.“

CHAT

Hoch lebe die Kraft des guten Beispiels: Mehrgenerationenangebote, Quartiersbezug, Netzwerke!

Franz-Josef Ingenmey, Seniorenbeirat der Stadt Dortmund

Alle drei Projekte der Bremer Heimstiftung eint der Anspruch, möglichst viel „Normalitätsbezug“ und „Generationenkontakt“ zu generieren. Das „Primat des Wohnens“ müsse dabei zu jeder Zeit im Vordergrund stehen.



Bremer Heimstiftung:
www.bremer-heimstiftung.de

IMPULSPROJEKT AUS DER REGION: INTERNATIONALE PFLEGEBAUAUSSTELLUNG

Peter Köddermann, Geschäftsführer Programm Baukultur NRW

Architektur und Stadtentwicklung zusammendenken mit Pflege- und Gesundheitswirtschaft: Diesen Anspruch hat die Internationale Pflegebauausstellung 2022plus. Das Ziel der interdisziplinären Initiative mit Fokus im Ruhrgebiet: bewusste Kooperation statt separierter Lösungsversuche. Denn die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft bieten eine große gesellschaftliche und stadtplanerische Chance, betont Peter Köddermann, Geschäftsführer von Baukultur NRW. Ein Vorbild des Dekadenprojektes: die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park.

„PFLEGE ALS INTEGRATIVES MOMENT VON QUARTIERSENTWICKLUNG UND STADTGESTALTUNG ...“

Die Zielsetzung des Vorhabens hatte Peter Köddermann bereits im Chat formuliert: „Es braucht neue Kommunikationsstrukturen zwischen den natürlichen und den potenziellen Akteur*innen zu Beginn einer Planung, um Pflege als integratives Moment von Quartiersentwicklung und Stadtgestaltung zu verstehen. Natürliche Akteur*innen sind dabei alle themenbezogenen Player, zum Beispiel Medizinwirtschaft, Kommunen, Wohnungswirtschaft, Investoren, Forschungs- und Planungsvertreter*innen.“ Und genau hier setzt die Internationale Pflegebauausstellung an – als Resultat einer großen Gesprächsrunde mit Teilnehmenden aus der Gesundheits- und Pflegewirtschaft, der Bau-

und Wohnungswirtschaft, der Industrie- und Digitalwirtschaft, aus Architekturplanung und Baukultur. „Wir haben unisono festgestellt, dass wir immer noch viel zu linear und zu separiert denken, wenn wir uns mit gesellschaftlichen Problemen befassen.“ Fragen wie: „Wie werde ich alt in der Stadt? Welche Räume braucht das? Welche Dienstleistungen? Welche Systeme? Was heißt das räumlich? Was heißt das in der Pflege?“, würden noch zu selten als Gesamtaufgabe gesehen. Dass es auch anders geht, habe die Region in der Vergangenheit schon erfolgreich unter Beweis gestellt. „Das Ruhrgebiet ist ein Vorläufer des demografischen Wandels, das wurde heute Morgen schon beschrieben. Also warum sollte man nicht überlegen, dass das Ruhrgebiet zukünftig beispielgebend werden kann im Um- und Ausbau ihrer Städte als wirklich soziale Körperschaften und als Räume, in denen man mit viel Lebensqualität älter werden kann?“ Dass die Metropole Ruhr die Kompetenz hat, die Region neu zu denken, neu zu definieren, habe die IBA Emscher Park ab Anfang der 1990er-Jahre mehr als eindrücklich bewiesen. „Und wir haben uns gesagt, vielleicht könnte eine ähnliche Ausstellung dazu führen, dass wir mit dem Thema Pflege anders umgehen, es auch als ein Moment zukunftsfähiger Stadtgestaltung sehen.“

„DAS RUHRGEBIET IST EIN VORLÄUFER DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS, ... RÄUME, IN DENEN MAN MIT VIEL LEBENSQUALITÄT ÄLTER WERDEN KANN ...“

EIN THEMA ..., DAS AUCH FÜR DAS RUHRGEBIET IN DEN KOMMENDEN JAHREN „ABSOLUT ZENTRAL“ WIRD: DAS BAUEN IM BESTAND.

Entscheidend sei, diese gesellschaftliche Aufgabe als Form des Dialogs zu betrachten. So hätten die Projektbeispiele aus Bremen eindrücklich bewiesen, dass sich Bauen und Pflege ohne Bedeutungsverlust für eines der beiden Felder in einer offenen Art kombinieren ließen. In allen Projekten sei zudem ein Thema angesprochen worden, das auch für das Ruhrgebiet in den kommenden Jahren „absolut zentral“ wird: das Bauen im Bestand. Neue Raumprogramme müssten künftig Pflege und die Qualifizierung von Lebensräumen für ältere und kranke Menschen als Chance begreifen, ein Stadtbild neu zu erzeugen – „so etwas sind leider immer nur Modellprojekte“. Es gelte, die grundsätzliche Haltung zum Thema so zu ändern, dass „man Lust hat, sich damit zu beschäftigen“.

Die Internationale Pflegebauausstellung will das über drei unterschiedliche Räume leisten: einem Dialograum für Akteur*innen aller beteiligten Disziplinen, einem Kommunikationsraum, über den Modellprojekte, Innovationen, Vernetzungssysteme, schlicht: Informationen und Ideen zum Thema öffentlich werden, und über einen Realisierungsraum. Denn: „Man kann viel über Pflege reden: Es muss auch die Möglichkeit geben, neue Experimente stattfinden zu lassen. Und das Wesen des Experiments zeichnet sich dadurch aus, dass es sowohl scheitern als auch etwas völlig Neues hervorbringen kann. Das braucht Raum. Und es wäre schön, wenn das Ruhrgebiet sich solche Räume stärker gönnen würde, zum Beispiel um veränderte Wohntypologien zuzulassen. Das kann man dann verbinden mit Projekten im Ruhrgebiet, die sowieso stattfinden. Und daran arbeiten

wir gerade. Wir sind in Gesprächen mit insgesamt drei Ministerien, mit der NRW.Bank und mit dem Regionalverband Ruhr. Und wir freuen uns über jeden weiteren Partner.“

CHAT

Wir Bürger würden gerne mitwirken.
Mit uns, nicht über uns reden.

Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW

Andrea Multmeier vom Paritätischen in Bottrop fragt nach, wie sich unterschiedliche Verantwortlichkeiten und unterschiedliche Ministerien in den Griff bekommen lassen? Das habe schon bei der IBA nicht an jeder Stelle geklappt. Köddermann: „Ich will niemandem in den Griff bekommen. Es geht eher darum, ein Angebot zu erstellen, das auch auf Landesebene hilft, mit diesem Thema umzugehen. Es soll deutlich werden, dass man nicht nur wegen der Förderung anfragt, sondern weil dieses wichtige Thema Rückendeckung benötigt, um es umzusetzen.“ Die meisten Quartiersentwicklungen, so sein Fazit, hätten hohe Ansprüche. „Und ich habe gelernt, dass diese nicht immer bis zur Realisierung weiterverfolgt werden. Vieles bleibt irgendwann auf der Strecke, weil man es nicht durchhält. Das Thema Altern und Pflege verlangt einfach eine Phalanx. Verlangt es zu sagen, wir trauen uns jetzt mal was und machen was draus.“



Internationale Pflege-
bauausstellung 2022plus
www.ipba-ruhr.de

PODIUMSDISKUSSION: BAUSTEINE FÜR EIN GUTES LEBEN IM ALTER

Welche Unterstützungspotenziale hat das Land NRW, um die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen zu erweitern?

Andreas Burkert, Abteilung Soziales, Pflege und Alter, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) NRW

Bernd Dreisbusch, ver.di Bezirk Mittleres Ruhrgebiet

Dr. Daniela Grobe, Dezernat für Gesundheit, Soziales und Kultur, Mülheim an der Ruhr

Barbara Eifert, wissenschaftliche Beratung der Landesseniorenvertretung NRW, Institut für Gerontologie Dortmund

Diffizile gesetzliche Rahmenbedingungen, diverse Interessensgruppen und die Notwendigkeit, aktuellen wie sich zukünftig immens verschärfenden Entwicklungen gerecht zu werden: Wer nach Bausteinen für ein gutes Leben im Alter sucht, nimmt eine komplexe Ausgangslage in den Blick. Die zentralen Streitfragen – Rechtsanspruch, Kommerzialisierung, Partizipation, Arbeitsbedingungen – zeigen aber auch: Alter wird viel zu oft mit

derungen war jene nach mehr Zusammenarbeit und gemeinsamem Netzwerken. Um es mit Andreas Burkert vom MAGS NRW zu sagen: „Wir haben heute ganz verschiedene Einzelfacetten gehört, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen. Für mich wäre eine Aufgabenstellung, die Dinge zusammen und auch neu zu denken.“ Und das, ergänzte Mülheims Sozialdezernentin Dr. Daniela Grobe, „interdisziplinär über die Ämter hinweg“.

„... AUFGABENSTELLUNG, DIE DINGE ZUSAMMEN UND AUCH NEU ZU DENKEN. ... INTERDISZIPLINÄR ÜBER DIE ÄMTER HINWEG“.

Pflege und Krankheit assoziiert. Die Potenziale des Alters und auch der Altenhilfe werden hingegen zu wenig gesehen. Hier sei ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft gefragt. Denn: Die Herausforderungen des demografischen Wandels lassen sich nicht allein, nicht im isolierten Kampf diverser Zuständigkeiten bewältigen.

Welche Bausteine brauchen wir für gute Wohn- und Pflegekonzepte der Zukunft? Mit dieser Frage hatte Moderatorin Anke Bruns zu Beginn der Sozialkonferenz eine lebhafteste Debatte im Chat in Gang gesetzt, und diese Frage nahm sie nun mit in die abschließende Podiumsdiskussion. Eine der zentralen For-

Barbara Eifert, wissenschaftliche Beratung der Landesseniorenvertretung NRW, legte den Fokus auf die Betroffenen: „Der Aspekt Teilhabe und Partizipation ist ganz entscheidend. Dazu habe ich heute nicht bei allen so viel gehört. Und wenn wir auf die Wahlbeteiligung gucken, dann sehen wir, dass sich viele Menschen nicht mehr mitgenommen fühlen.“ Gebraucht würden mehr Sichtbarkeit und das richtige Handwerkszeug: „Es ist nicht so, als hätten wir nichts. Es gibt viele Angebote, viele Möglichkeiten. Aber die Leute wissen einfach nichts von den guten Projekten, das hat Peter Köddermann gerade auch ganz deutlich gesagt. Und wir brauchen andere Mittel. Und damit meine ich nicht nur finanzielle Mittel und eine andere Haltung zu diesem Thema; es braucht auch eine andere gesetzliche Grundlage.“ Denn: Eine sinnvolle Altenhilfe identifiziere gleichermaßen Herausforderungen wie Potenziale des Alterns-

„und mit der aktuellen Perspektive werden wir diese Aufgabe nicht lösen“.

CHAT

Frau Eifert fordert zu Recht, die Daseinsvorsorge darf nicht weiter eine Kann-Aufgabe sein. Es muss eine Verpflichtung werden mit einem festen Budget von mindestens 1 € pro Einwohner.

Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW

Hier allerdings, konstatierte Grobe, dürften nicht nur die Kommunen in die Pflicht genommen werden. „Um diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch anzunehmen, muss jeder Akteur, jede Akteurin auf der eigenen Ebene gucken: Was kann ich beitragen?“ Mülheim beispielsweise verfüge bereits über ein gut funktionierendes Netzwerk, bringe in unterschiedlichen Initiativen „hochprofessionelle Menschen“ und das Ehrenamt zusammen. „Aber das Thema ist eine Herausforderung, bei der es auch das Land braucht. Und ich

„UND ICH HABE DEN EINDRUCK, DASS WIR DA SCHON MAL WEITER WAREN ALS WIR JETZT SIND.“

habe den Eindruck, dass wir da schon mal weiter waren als wir jetzt sind.“ Der Masterplan altengerechte Quartiere zum Beispiel sei 2017 von der Landesregierung eingestellt worden, obwohl er vieles bereits ganz praktisch angegangen sei, etwa im Hinblick auf Hilfen für Kommunen, Unterstützungsstrukturen, Förderprogramme oder Qualifizierung. „Es gab einen Methodenkasten, davon ausgehend, dass wir alle vor denselben Heraus-

forderungen stehen und das Rad nicht neu erfinden müssen, und es gab eine Landkarte für Modellprojekte. Das war sehr differenziert aufgebaut, sozusagen ein lernendes System. Und ich würde mir wünschen, dass die Landesregierung da noch einmal anknüpfen kann.“ Ähnlich wird im Lauf der Diskussion auch Eifert anmerken: „Es ist immer gut, an Strukturen, die vorhanden sind, anzuknüpfen. Aber wir erleben eben auf kommunaler Ebene auch, dass Vorhaben nicht ausgebaut, sondern aus finanziellen Gründen wieder abgeschafft werden. Ich kann nur hoffen, dass mit einer neuen Landesregierung nicht, wie oft üblich, alles Alte eingestampft wird und wieder neue Sachen erfunden werden müssen.“

Burkert versichert: Das Thema Altenhilfe liege auf dem Tisch. Unumgänglich sei jedoch, zu schauen, „mit welchen Bausteinen wir daran arbeiten können und ob wir nicht vielleicht neue Bausteine sägen müssen“. Denn: „Wir sind als Ministerium auch auf der Langstrecke verantwortlich für die Lebenssituationen.“ Anders als der Altenbericht des Bundes habe jener des Landes den Anspruch, nicht zu Schwerpunktthemen zu berichten, sondern die konkrete Lebenssituation alter Menschen in NRW abzubilden. „Wenn man politisch planen, denken, arbeiten und gestalten will, muss man wissen, wie es im Land aussieht“. Der dritte Altenbericht, für den gerade die Grundlagen erarbeitet würden, setze daher die Zahlen der beiden Vorläufer und aktuelle Daten in Zeitreihen, „damit man auch sehen könne, wo die Entwicklung hingehet“. Ein Beispiel: „Wir wissen aus dem zweiten Altenbericht, dass knapp über 38 Prozent der über 65-Jährigen in einem Ein-Personen-Haushalt leben; bei den Personen über 80 Jahre sind es schon 58 Prozent. Das hört sich noch moderat an. Aber wenn man die absoluten Zahlen dahinter legt, dann reden wir über eine Million älterer Menschen im Land, die allein

leben.“ Eine solche Herausforderung könne keine Institution allein stemmen, weder die Privatwirtschaft noch die freie Wohlfahrts-
pflege, noch die privaten Anbieter, noch das Land, noch eine einzelne Kommune. Da müssen wir alle etwas tun“.

Das meint letztlich auch den Bund, an den Burkert einen Teil der Verantwortung weiterreichte. Im siebten Altenbericht aus dem Jahr 2017 fänden sich Problembeschreibungen ebenso wie Lösungsansätze – neue Gesetze, neue Finanzierungsformen, Machbarkeitsstudien. „Aber das hat auf dem Berliner Par-

„WIR MÜSSEN LEIDER ZUR KENNTNIS NEHMEN, DASS WIR MENSCHEN, DIE MASCHINEN ENTWICKELN, BESSER BEZAHLEN ALS MENSCHEN, DIE SICH UM MENSCHEN KÜMMERN.“

kett nicht reüssiert. Das fing schon in der Bundesregierung an, und das ist vielleicht auch einer der Gründe, warum das Thema nicht forciert weiter diskutiert wurde.“ In NRW jedoch müsse man sich dringend weiter damit beschäftigen. „Insofern habe ich mich gefreut, dass das Thema kommunale Altenhilfe schon für den Landesausschuss Alter und Pflege im November angemeldet wurde.“ Man sollte zudem die Erfahrungen der Corona-Pandemie nicht unterschätzen: „Das könnte noch einmal richtig Erkenntnisgewinn gebracht haben, dass Handeln tut.“

Das Wissen also ist da. Die Zahlen sind da. Doch was ist tatsächlich machbar? Und mit wem? Denn selbst, wenn man die weitere Entwicklung derzeit noch nicht konkret umreißen kann, eines ist sicher: Es fehlt vielerorts an Geld und vor allem auch an Personal. Für Bernd Dreisbusch von ver.di keine überraschende Erkenntnis. „Wir müssen leider zur

Kenntnis nehmen, dass wir Menschen, die Maschinen entwickeln, besser bezahlen als Menschen, die sich um Menschen kümmern. Und Menschen, die unser Geld verwalten, sind oft materiell bessergestellt als Menschen, die sich um unsere pflegebedürftigen Angehörigen kümmern. Das ist ein ganz großes Problem.“ Nicht nur monetär. Die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig Wertschätzung und Anerkennung seien. „Aber diese Haltung muss jetzt auch entsprechend untermauert werden. Wir brauchen hochqualifiziertes, motiviertes Personal. Es muss attraktiv sein, im Bereich Pflege zu arbeiten. Da können und müssen wir einfach mehr tun: Beispielsweise eine attraktivere Gestaltung der Ausbildung und des Berufsbildes, verbesserte Arbeitszeitregelungen, eine bessere Bezahlung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und letztlich auch die Möglichkeit, die persönlichen Ansprüche an die Qualität der eigenen Arbeit auch umzusetzen.“ Grobe bestätigt: „Wir haben viele motivierte Menschen in der Pflege, die wegen dieser Zeitvorgaben Pflege nicht mehr so ausführen dürfen, wie sie das eigentlich vom Anspruch her wollen.“ Diese Situation grundsätzlich zu überdenken, besser noch: neu zu denken, bedeute jedoch, sich eingehend mit der Finanzierung und der Kommerzialisierung der Pflege zu beschäftigen.

Gefragt ist aber auch Spielraum für Experimente. Peter Köddermann schlug über den Chat spontan Wohnraumangebote für Pflegenden in gemischten Quartieren vor, also Tür an Tür mit den zu Pflegenden. Eine Idee mit Potenzial, fand Dreisbusch: „Wir sind in einer Phase, in der wir viel probieren und einfach mal Angebote auf den Markt bringen müssen, größer und weiterdenken müssen.“ Auch hier seien alle Akteur*innen auf allen Ebenen gefragt – das Land in einer koordinierenden und entwickelnden Funktion, die Kommune, wenn es um die örtliche Umsetzung gehe,

aber auch Player wie die Bauwirtschaft oder der Lebensmitteleinzelhandel. „Und warum nicht Wohnraum für Senior*innen neben der Kita, wo die alleinerziehende Altenpflegerin ihr Kind gut versorgt bekommt?“

Daniela Grobe bat hier allerdings um einen grundsätzlich differenzierteren Blick: „Mit dem Halbsatz zur Altenpflegerin macht die Idee durchaus Sinn.“ Doch gebe es insbesondere in der Quartiersentwicklung viele Projekte, in denen etwa Demenzeinrichtungen „irgendwie baulich“ mit einem Kindergarten kombiniert werden. „Und das ist dann innovativ. Man hat die Vorstellung, man macht die Türen auf und die Generationen vermischen sich. Man glaubt zu wissen, was der andere will. Aber das passt nicht immer, solche Modelle sind nicht immer ein Erfolg.“ Nichtsdestotrotz berge das Zusammendenken von Baukultur und Alter – Kernidee unter

ben gestärkt werden. Das habe die Pandemie eindrücklich bewiesen.

Deshalb gelte es, so Katrin Markus vom BAGSO, die Herausforderung in einer anderen Reihenfolge anzugehen, das Gesamtbild zu gestalten, statt Flickschusterei zu betreiben. „Wir bewegen uns in der Diskussion bislang immer noch auf der Grundlage der derzeitigen Pflegeversicherung. Aber wir wissen alle, dass die zumindest mittelfristig ein Auslaufmodell ist, weil wir damit die zukünftigen Herausforderungen nicht meistern werden.“ Wer Pflege ernsthaft neu denken wolle, müsse zunächst einen klaren Rechtsanspruch auf „ausreichende und angemessene Pflege“ definieren. Und zwar nicht nur mit Blick auf die Langzeitpflege in einer stationären Einrichtung. Auch die Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung und damit für ein gutes Altern im eigenen Quartier müssten gewährleistet werden. Darauf aufbauend gelte es dann, die Verantwortlichen in Bund, Land, Kommune, Verbänden finanziell so auszustatten, dass sie personell und sachlich diesen Rechtsanspruch auch stemmen könnten. „Und in diese Richtung wird sich die BAGSO jetzt auf den Weg machen.“

DIE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE AMBULANTE VERSORGUNG UND DAMIT FÜR EIN GUTES ALTERN IM EIGENEN QUARTIER MÜSSTEN GEWÄHRLEISTET WERDEN

anderem der Pflegebauausstellung – wichtige Chancen, merkte Barbara Eifert an. Zwar ginge es hier um zwei Bereiche mit jeweils gänzlich anderer finanzieller Ausstattung – „wir reden für die Baukultur von wirklich ganz anderen Dimensionen“ –, doch könnte gerade deshalb ein verstärktes Zusammenwirken dabei helfen, „für das Alter zu werben“, die Altenhilfe attraktiver zu machen und eine ermöglichende Haltung in der Gesellschaft zu etablieren. Auch das Thema Personal habe mehr als nur die eine Dimension. „Personalmangel gibt es ja nicht nur in der Pflege.“ Auch die Kommunen selbst seien alles andere als gut ausgestattet und müssten für die Bewältigung der Zukunftsaufga-

CHAT

Ohne Neustrukturierung von SGB XI wird die Refinanzierung blockiert. Es bedarf eines Blicks in die Niederlande. Der Pflegebedürftige erhält ein Budget.

Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW

Eine Forderung, die Andreas Burkert in mehrerlei Hinsicht richtig einordnen möchte. Zum einen seien häusliche Krankenpflege und stationäre Versorgung grundsätzlich zwei nicht kongruente Systeme: „Häusliche Krankenpflege nach SGB V ist vollkaskoversorgt. Pflege ist Teilkasko. Und es ist erst einmal

„ES HEISST OFT, DIE JUNGEN LEUTE WOLLEN NICHT MEHR PFLEGEN, DIE WOLLEN NICHT MEHR ARBEITEN. DOCH, DIE WOLLEN ARBEITEN. DIE WOLLEN ABER ORDENTLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN. UND DESHALB MUSS DIE POLITIK HANDELN.“

meine Aufgabe, mit meinem Einkommen, mit meiner Rente, meine pflegerische Versorgung sicherzustellen, wenn ich sie brauche.“ Zudem sei die Pflege vom Gesetzgeber mittlerweile als „Marktgeschehen“ angelegt. Mit klaren Folgen: „Ich habe einen Rechtsanspruch auf Pflege – gegen die Pflegeversicherung. Und diese erfüllt den Rechtsanspruch dadurch, dass sie unter bestimmten Voraussetzungen, die im Gesetz definiert sind, Verträge mit Pflegeanbietern schließen muss. Sie hat einen Kontrahierungszwang, sie hat keine Steuerungsmöglichkeiten. Das heißt, wir können zu wenig haben, wenn keiner Anträge stellt. Wir können auch zu viel haben.“ Das sei das „Echt-System“, die Tagespolitik, der Ist-Zustand. Davon gelte es sich zu lösen. Es brauche einen perspektivischen Blick aufs Thema, „ein weißes Blatt Papier“ – „und das ist eine ganz andere Veranstaltung, da müssen sie Leute finden, die den Kopf dafür frei haben“. Und selbst dann sei man immer noch im „Ist-Erkenntnisstand“. Es sei legitim, Tarifverträge, Honorierung, Achtung und Arbeitszeiten anzusprechen, „aber in sieben bis zehn Jahren werden in allen Berufen Hände fehlen“. Das Schwierige an der Diskussion

sei, dass jeder das einbringen wolle, „was ihn gerade bedrängt“, weil er Antworten wolle. Doch nicht alles sei einfach so übertragbar. „Man kann für den einen Sektor antworten, ohne damit Antworten schon für den anderen gemacht zu haben. Und das ist für uns momentan die Herausforderung.“

„Wir haben kein Erkenntnisproblem“, widersprach Siegfried Rübiger (aktiv altern in NRW). „Wir müssen nur nach Holland oder Baden-Württemberg sehen.“ Seine zentrale Forderung: „Wir brauchen ein neues SGB XI, einen Sachleistungsanspruch.“ Hingegen würden „neue Pflegeeinrichtungen auf der grünen Wiese“ nicht gebraucht. „Es bedarf der Pflege in der Stadt, im Quartier. Wir müssen uns trauen, mal klar zu sagen: Wir brauchen ein Pflegebudget für den Pflegeverantwortlichen und für die Pflegebewohner*innen.“ Unterstützung fand er bei Carola Wagener-Ernst vom Diakonischen Werk: „Mir platzt fast die Hutschnur bei dieser Diskussion. Die Finanzierung in der Pflege, im Gesundheitswesen muss umstrukturiert werden.“ Wer an der Pflegeversicherung festhalte, verliere motivierte Pflegenden. „Die gehen raus aus der Pflege, die sagen, diesen Unsinn mache ich nicht mehr mit. Ich habe es in der ambulanten Pflege erlebt: Am Wochenende habe ich in einem Stadtteil fünf, sechs ambulante

CHAT

Wir haben schon mehrfach versucht, Pflegedienste zusammenzubringen, um die Konkurrenzen abzubauen, wir sind leider noch nicht erfolgreich gewesen.

Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost Dortmund

Autos verschiedener Anbieter gesehen. Das sind Ressourcen, die wir verschwenden. Es heißt oft, die jungen Leute wollen nicht mehr pflegen, die wollen nicht mehr arbeiten. Doch, die wollen arbeiten. Die wollen aber ordentliche Arbeitsbedingungen. Und deshalb muss die Politik handeln.“

ENTSCHEIDEND JEDOCH SEI, GERADE MIT BLICK AUF DIE MITTLERWEILE NICHT MEHR TRAGBAREN ARBEITSBEDINGUNGEN, EIN VERBOT DER KOMMERZIALISIERUNG IN DER PFLEGE.

Christoph Etterich (DRK-Landesverband Westfalen-Lippe) spitzte diesen Aspekt zu, indem er das Thema Interessenvertretung ins Spiel brachte: „Es wird viel über Pflege gesprochen. Es wird auch viel mit Pflege gesprochen. Aber Pflege kann nicht selbst entscheiden.“ Essenziell sei, dass Pflegenden geschlossen aufzutreten – als Ganzes, als Pflegekammer –, um im Zweifelsfall auch sagen zu können: „Das ist mit uns nicht zu machen.“ Und man könne unter Umständen auch darauf drängen, an bewährten Konzepten, auch jenen einer Vorgängerregierung, festzuhalten. Wiebke Köllner (KV Bochum) sah das etwas kritischer – „die Politik muss ja nicht zwangsläufig auf die Pflegekammer hören“ –, forderte aber ebenfalls klare politische Maßnahmen, etwa hinsichtlich der Beitragsbemessungsgrenze oder der Pflegepersonalregelung. Entscheidend jedoch sei, gerade mit Blick auf die mittlerweile nicht mehr tragbaren Arbeitsbedingungen, ein Verbot der Kommerzialisierung in der Pflege.

Doch sind das alle Fragen, die es in puncto Leben im Alter zu stellen gilt? Pflege, resümierte Burkert, „nimmt einen unglaublichen Raum ein, ist auch unglaublich wichtig“; aber „80 Prozent aller Tagesmeldungen zur Pflege beschäftigten sich ausschließlich mit

der Lebenssituation und den Rahmenbedingungen von 170.000 Menschen“ nämlich jenem Anteil der insgesamt eine Million Pflegebedürftigen, die in stationären Einrichtungen leben. „Aber die Alterskohorte, die nicht pflegebedürftig ist, braucht auch Wohnraum, braucht auch Erreichbarkeit – was ist mit denen?“ Stichwort: Bildung. Stichwort: Digitalisierung. Die Vielfalt des Alterns und die eingangs von Barbara Eifert angesprochenen Potenziale kommen in der Diskussion häufig zu kurz. Es gelte alle Facetten zu berücksichtigen, ohne die unterschiedlichen Räume gegeneinander auszuspielen. Hier knüpfte Dreisbusch noch einmal an: „Wir sind alle betroffen, und deswegen müssen wir den großen, vielleicht auch neuen Deal machen, Leben im Alter als Herausforderung statt als Problem zu betrachten, als ganz tollen Lebensabschnitt, bei dem es vielleicht „besonderen Steuerungsbedarf“ gebe, der aber „in Gänze es nicht als Problem gesehen werden sollte“.

WEITERFÜHRENDE LINKS AUS DER DISKUSSION

Altenberichterstattung des Landes NRW:
www.mags.nrw/altenbericht

Kommunale Gesundheitskonferenz Mülheim:
www.muelheim-ruhr.de/cms/die_kommunale_gesundheitskonferenz1.html

Kommunale Konferenz Pflege und Alter Mülheim:
www.muelheim-ruhr.de/cms/pflegekonferenz1.html

Netzwerk der Generationen Mülheim:
www.muelheim-ruhr.de/cms/netzwerk_der_generationen2.html

Dialog-Offensive Pflege Mülheim:
www.dialogoffensive-pflege.de

SCHLUSSWORT

Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin Regionalverband Ruhr

Das Thema „Zukunft des Alterns in der Metropole Ruhr“, so RVR-Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel in ihrem Schlusswort, habe mehrere wichtige Perspektiven – „das hat auch diese Konferenz noch einmal gezeigt“. Neben großen Herausforderungen berge es auch die große Chance, das Ruhrgebiet als Modellregion zu etablieren, von hier aus Impulse zu setzen und Entwicklungen anzustoßen.

„FÜR UNS GIBT ES IM RUHRGEBIET SICHERLICH HANDLUNGSBEDARF, DEN WIR JETZT GEMEINSAM ANGEHEN SOLLTEN.“

Und dies nicht zuletzt in Tradition der Leistungen, die die Metropole Ruhr in den vergangenen Jahrzehnten etwa mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park bereits erbracht hat. „Für uns gibt es im Ruhrgebiet sicherlich Handlungsbedarf, den wir jetzt gemeinsam angehen sollten. Und das werden wir auch tun.“ Der Regionalverband Ruhr betrachte diesen wichtigen Themenkomplex deshalb bewusst aus regionaler Perspektive und generiere aufbauend auf seiner planerischen Verantwortung aktuell entsprechende Maßnahmen: „Wir werden unter anderem einen regionalen Masterplan Wohnen erarbeiten, zu dem auch die Aspekte gehören, die wir heute gehört haben: Was brauchen ältere Menschen? Welche Bedarfe haben sie? Was können wir gemeinsam mit den Kommunen beitragen?“

Auch die Internationale Gartenausstellung (IGA) Metropole Ruhr 2027 gehe unter der Fragestellung „Wie will ich morgen leben, wohnen und arbeiten?“ gezielt regionale Zukunftsthemen an. Als nächstes großes Struktur-Projekt der Metropole Ruhr stehe sie

dabei fest in der Tradition der IBA Emscher Park, die wesentlich zur Entwicklung des Ruhrgebiets beigetragen habe. „Und da sind wir auch mit der Pflegebauausstellung im Gespräch, weil die Ausstellungsflächen der IGA, die so genannten Zukunftsgärten, in problematischen Quartieren liegen, in denen man als Modellregion gute Beispiele und Projekte ausprobieren kann.“

Die Sozialkonferenz habe viele neue Denkanstöße gegeben. Das ist ja auch die Idee dieser Konferenzen: dass man voneinander weiß, dass man gute Beispiele erfährt, dass man neue Denkanstöße bekommt. Und ich glaube, das hat dieser Tag wirklich geboten.

Und dabei habe sich – selbst wenn der unmittelbare persönliche Austausch in Präsenz in der Regel viel intensiver sei – gerade das digitale Format bewährt: „Wir hatten heute sehr viele Teilnehmer*innen, zeitweise über 100. Das hätten wir bei einer Präsenzveranstaltung wahrscheinlich nicht geschafft. Und wir hatten lebhaftere Diskussionen, auch im Chat. Das ist eine tolle Sache, für die ich Ihnen allen wirklich danken möchte.“

Die Sozialkonferenz Ruhr des Regionalverbands Ruhr (RVR) orientiert sich mit ihren jeweiligen Themen an sozialpolitischen Entwicklungen und am Informations- und Diskussionsbedarf in den Kommunen. Die Konferenz fördert seit 2018 aktiv den sozialpolitischen Dialog, sorgt für einen Transfer der Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung und für eine Vernetzung des Fachpublikums.

Die bisherigen Dokumentationen können auf der Internetseite des Regionalverbands Ruhr nachgelesen werden.

www.rvr.ruhr/themen/bildung-wissenschaft/sozialkonferenz-1

Herausgeber

Regionalverband Ruhr
Die Regionaldirektorin
Kronprinzenstraße 35
D-45128 Essen

T: +49 (0)201 2069-0
F: +49 (0)201 2069-500
www.rvr.ruhr

Redaktion

Referat Bildung und Soziales, RVR
Susanne Barth
Kristin Dittrich
Claudia Horch

Gestaltung

Team Kommunikationsdesign, RVR

Text

Tanja Weimar,
Schacht 11

Essen, August 2022

CHAT-ANHANG

Welche Bausteine brauchen wir für gute Wohn- und Pflegekonzepte in Zukunft?

Mit dieser Frage eröffnete Frau Bruns die Sozialkonferenz zum Thema „Gutes Altern in der Metropole Ruhr“. Hier einige Antworten der Teilnehmer*innen aus dem Chat:

- » Mitwirkung der Bürgerinnen; Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost Dortmund
- » Barrierefreiheit; Nina Fries, Regionalverband Ruhr
- » Kooperationen der Träger; Franziska Wächter, Stadt Jena
- » einen kompetenzorientierten Blick auf die Zielgruppen; Susanne Marx, G.I.B mbh, Bottrop
- » bezahlbar; Gerd Maschun, Seniorenbeauftragter der Bezirksvertretung V, Essen
- » eine qualifizierte Raumentwicklung; Peter Köddermann, Baukultur NRW
- » Pflegepersonal, das dann dort die fachlich anspruchsvollen und weniger anspruchsvollen Tätigkeiten durchführen kann; Christoph Etterich, DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V., Fachbereich Senioren
- » ausreichend Fachkräfte; Sandra Brück, Stadt Bochum
- » Barrierefreiheit im weitesten Sinne; Franz-Josef Ingenmey, Seniorenbeirat der Stadt Dortmund
- » Gemeinwohlorientierung und -basierung des gesamten Bereichs; Susanne Marx, G.I.B mbh, Bottrop
- » eine fachliche Koordinierung/Planung durch die Kommunen; Dr. Ralf Tebest, Kreis Wesel
- » Netzwerke, interdisziplinäre Kooperationen; Christa Beermann, Ennepe-Ruhr-Kreis
- » Für alle (!) bezahlbare Wohnkonzepte; Carola Wagener-Ernst, Diakonisches Werk Dortmund
- » Handwerksunternehmen mit Fachkräften zur baulichen Umsetzung; Mario Heinemann, Handwerkskammer Münster
- » Mut für unkonventionelle Ideen; Christa Beermann, Ennepe-Ruhr-Kreis
- » Bedarfe feststellen, Kooperation mit Trägern der Offenen Seniorenarbeit und Pflegeeinrichtungen, aber auch der Planungsämter, Quartiersentwicklung; Ursula Hoffmann, Stadt Essen
- » quartiersbezogene Pflege nach dem Vorbild der Niederlande; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Finanzierung von Pflege nachhaltig sicherstellen, Digitalisierung in der Pflege vorantreiben; Patrick Frei, Stadt Bochum
- » Mehrsprachigkeit für Patient*innen mit migrantischem Hintergrund; Gültaze Aksevi, Fraktion Die Linke im RVR
- » Im Alter ist es notwendig, selbstständig, selbstbestimmt und sozial integriert zu leben; Edeltraut Krause, Landesseniorenvertretung NRW
- » Respekt und Wertschätzung! Susanne Marx, G.I.B. mbH, Bottrop

CHAT-ANHANG

Keynote: Traditionelle Pflege- und Wohnkonzepte neu denken

- » Bereits 85 Prozent der anerkannt Pflegebedürftigen müssen in der Häuslichkeit gepflegt werden;
Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Deckelung von Renditen im Pflege- / Sozialbereich!
Christoph Etterich, DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V., Fachbereich Senioren
- » Kommerzialisierung stationärer Pflegeeinrichtungen stoppen!
Franz-Josef Ingenmey, Seniorenbeirat der Stadt Dortmund
- » Der erste Schritt ist, den Pflegekonzernen nicht mehr zu erlauben alle Zahlen der einzelnen Einrichtungen in der Holding zu verdichten. §§ 264 Abs.3, 264b HGB;
Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Aktivierende Pflege im Rahmen eines Empowerments als Hilfe zur Selbsthilfe;
Marten Wiersma, medipflege.de
- » Wenn das Umfeld einbezogen würde, würde sich die Angst vor dem fremden „Dementen“ reduzieren lassen;
Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost Dortmund
- » Wenn gemeinwohlorientierte alternative Lebensformen etabliert und zugänglich sind, müssen die Menschen nicht mehr auf die profitorientierten „Pflege“-Einrichtungen zurückgreifen;
Susanne Marx, G.I.B. mbH, Bottrop
- » Diese Themen betreffen nicht nur alte, ältere Menschen. Eines der zentralen Grundprobleme, Profitorientierung aller Lebensbereiche, betrifft auch junge Menschen;
Susanne Marx, G.I.B. mbH, Bottrop
- » Ich erinnere an das Spannungsfeld in der Pandemie-Zeit: Schutz (vor Infektion) einerseits und andererseits die Teilhabe (Partizipation). Und dann noch Landesverordnungen, die uns Trägern die Verantwortung abgeben in der Umsetzung – und Heimaufsichten, die mit ordnungsrechtlichen Strafen drohen ... ;
Kerstin Schönlaue, Diakonisches Werk Gladbeck-Bottrop-Dorsten

CHAT-ANHANG

Keynote: Traditionelle Pflege- und Wohnkonzepte neu denken

- » Ist die Mietbelastungsquote allein auf die Privathaushalte gerechnet? Die Privatheimbetreiber nehmen überhöhte Investitionskosten = Kaltmieten. Eine Deckelung entfällt seit 2017; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Sie treffen den Nagel auf den Kopf: Die so genannten „Hotelleriekosten“ erreichen horrende Summen! Tagesaktuell: 1000 Euro pro Monat; Marten Wiersma, medipflege.de
- » Das SGB XI muss reformiert werden; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Prima wäre ja, wenn die Kommunen vor allem in barrierefreien, hitzeresistenten Wohnraum investieren würden, statt neue Pflegeplätze zu unterstützen; Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost, Dortmund
- » Es sollten je Kommune/Stadt/Kreis/etc. Pflegeexperten bei der Bewertung von Konzepten für Pflegeeinrichtungen/ Projekte vor der Vergabe hinzugezogen werden und mit einem Veto versehen werden; Christoph Etterich, DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V., Fachbereich Senioren
- » @Christoph Etterich: Ja, die Pflegekonferenz oder der Seniorenbeirat könnten die Entscheidung für den Rat vorbereiten. Früher lag diese Koordination bei den Landschaftsverbänden; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW

CHAT-ANHANG

Sozialgerechte Pflege - Armut überwinden, Teilhabe sichern

- » Im Heimfinder.nrw seien alternative Wohnformen wie etwa Senioren-Wohngemeinschaften nicht gelistet; Christoph Etterich vom DRK-Landesverband Westfalen-Lippe
- » In den Seniorenbüros werden Infos zu offenen Pflegeplätzen und zur Kurzzeitpflege weitergegeben; Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost, Dortmund
- » Wir brauchen Pflege-Lotsen; Torsten Göpfert, Kreis Unna
- » Die Beratung ist erst ab Antragsstellung nach dem Gesetz gegeben. Die Forderung der „Gemeindegewerkschaft plus“ ist in Rheinland-Pfalz gegeben; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Wie von Frau Markus gesagt, ist das Casemanagement sehr wichtig. Nicht nur eine Beratung „Was gibt es?“, sondern auch die Erfolgskontrolle = wurde die benötigte Leistung erfolgreich vermittelt? Pflegesuchende gehen im komplexen System verloren; Frank Kegelmann, Stadt Oberhausen
- » Genau; wir geben konkrete Infos und auch Dienste aus den Seniorenbüros weiter. Jedoch ist das Angebot sehr knapp und es gibt wenig freie Kapazitäten. Kurzzeitpflege ein ganz großes Manko. Da muss die Politik ran, um pflegende Angehörige zu entlasten; Tanja Meis, Stadt Hattingen
- » Es gibt eine große Anzahl gesetzlicher Beratungsaufträge, auch von Casemanagement. Das Problem besteht in der Umsetzung dieser Aufträge; Dr. Ralf Tebest, Kreis Wesel
- » Ein erster Schritt wäre es, die Pflegestützpunkte der Kassen inklusive Finanzierung auf die Kommunen zu übertragen; Torsten Göpfert, Kreis Unna
- » Es müsste analog den Jugendhilfestrukturen eine Altenhilfestruktur gesetzlich verankert werden; Annette Simmgen-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost, Dortmund
- » Richtig!; Franziska Wächter, Stadt Jena
- » Die Kommunen brauchen die Mittel dafür! Zu den Mitteln gehören eine gesetzliche Grundlage (Pflichtaufgabe) und die finanziellen Mittel, die eben nicht alle Kommunen haben; Barbara Eifert, Landesseniorenvertretung NRW
- » Für erwerbstätige Pflegende müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen beispielsweise für Freistellungen verbessert werden und insgesamt die Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit. Hier ist die Politik auf allen Ebenen in der Pflicht und Unternehmen sind (auch im eigenen Interesse - Fachkräftemangel, Know how- Erhalt etc.) gefordert, Lösungsangebote zu machen: www.arbeiten-pflegen-leben.de; Christa Beermann, Ennepe-Ruhr-Kreis
- » Es fehlt pflegefachliche Kompetenz auf allen politischen Ebenen. Oder kann mir jemand eine Krankenschwester / Altenpfleger etc. gibt also auf Bundesebene; Christoph Etterich, DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V., Fachbereich Senioren

- » Und Wohnberatung – die Kassen sollten in der Pflicht der Finanzierung mit verankert werden wie bei Pflegestützpunkten auch;
Franziska Wächter, Stadt Jena
- » Investitionen in ein gesünderes Alter lohnen sich für die Kommunen, wenn auch in anderen Produktbereichen;
Michael Cirkel, Institut Arbeit und Technik
- » Die Pflegekassen werden durch Arbeitnehmer gefüttert. SGB XI sieht keine Finanzierung der Kommunen vor. Das Land ist für die Pflege zuständig;
Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Die Beratungsaufträge inklusive der Finanzierung auf die Kommunen zu übertragen, wurde ja bereits durch die §§ 123, 124 SGB XI versucht. Leider bisher aus verschiedenen Gründen mit sehr wenig Erfolg;
Dr. Ralf Tebest, Kreis Wesel
- » Wenn Politik und Verwaltung sich einig sind, können neue Strukturen durchaus von Kommunen finanziert werden: Beispiel aus Oberhausen – Quartiersbüros;
Nese Oezcelik, Stadt Oberhausen
- » Gibt es auch Pflegekonzepte für ältere Migrantinnen?;
Nese Oezcelik, Stadt Oberhausen
- » In den Zentren plus in Düsseldorf gibt es spezialisierte Beratungsangebote und Gruppenangebote für ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Hier spielen insbesondere muttersprachliche Multiplikatoren eine wichtige Rolle;
Nele Buschan, Stadt Brühl
- » Gelten die Pflegeangebote nur für DOGEWO-Mieter?;
Franz-Josef Ingenmey, Seniorenbeirat der Stadt Dortmund
- » Es braucht mehr ein aufsuchendes kommunal finanziertes präventives Beratungs- und Informationsangebot, gerade bei alleinlebenden Älteren.;
Franziska Wächter, Stadt Jena
- » Es gibt gerade das Modellprojekt guter Lebensabend;
Barbara Reddigau
- » Zur Wahrnehmung bestehender und Entwicklung neuer Angebote im Netzwerk kann integrierte Sozialplanung ein wichtiges Instrument sein.;
Susanne Marx, G.I.B. mbH, Bottrop
- » Richtig und Spezialisierung Altenhilfeplanung;
Franziska Wächter, Stadt Jena

CHAT-ANHANG

Impulsprojekt aus der Region

- » Es braucht neue Kommunikationsstrukturen zwischen den natürlichen und den potenziellen Akteur*innen zu Beginn einer Planung, um Pflege als integratives Moment von Quartiersentwicklung und Stadtgestaltung zu verstehen. Natürliche Akteur*innen sind dabei alle themenbezogenen Player, zum Beispiel Medizinwirtschaft, Kommunen, Wohnungswirtschaft, Investoren, Forschungs- und Planungsvertreter*innen; Peter Köddermann, Baukultur NRW
- » Wir Bürger würden gerne mitwirken. Mit uns, nicht über uns reden; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW

CHAT-ANHANG

Podiumsdiskussion: Bausteine für ein gutes Leben im Alter

- » Frau Eifert fordert zu Recht, die Daseinsvorsorge darf nicht weiter eine Kann-Aufgabe sein. Es muss eine Verpflichtung werden mit einem festen Budget von mindestens 1 € pro Einwohner; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Sehr geehrte Frau Grobe, sie sprechen mir aus dem Herzen, ich bin seit 2017 als Ehrenamtliche in der Quartiersarbeit mit vielen guten Angeboten unterwegs, altersgerechte Quartiersarbeit lebt in Herne nach wie vor!; Edeltraut Krause, Landesseniorenvertretung NRW
- » Zur Information: www.aq-nrw.de; Michael Cirkel, Institut Arbeit und Technik
- » Könnte es ein Angebot für Pfleger*innen sein, Wohnraumangebote in gemischten Quartieren vorzuhalten?!;; Peter Köddermann, Baukultur NRW
- » Ohne Neustrukturierung von SGB XI wird die Refinanzierung blockiert. Es bedarf eines Blicks in die Niederlande. Der Pflegebedürftige erhält ein Budget.; Siegfried Rübiger, aktiv altern in NRW
- » Oder man blickt nach Oberhausen: Da ist eine Entlassungsproduktion gang und gäbe.; Marten Wiersma, medipflege.de
- » Wir haben schon mehrfach versucht, Pflegedienste zusammenzubringen, um die Konkurrenzen abzubauen, wir sind leider noch nicht erfolgreich gewesen.; Annette Simmgens-Schmude, Seniorenbüro Innenstadt Ost Dortmund
- » Manchmal sollte es schon ausreichen, die Hürden für Unterstützungsangebote im pflegesensiblen Sektor etwas zu reduzieren; Marten Wiersma, medipflege.de